

SPD

**„SOLIDARITÄT –
UNTERPFAND UNSERER
ZUKUNFT“**

**GRUNDWERTEKOMMISSION
BEIM SPD-PARTEIVORSTAND**

FEBRUAR 2019

INHALT

| | |
|--|----|
| INHALT | 3 |
| I. EINLEITUNG | 4 |
| II. ZUSAMMENFASSUNG | 6 |
| BEDEUTUNG UND CHANCEN VON SOLIDARITÄT | 6 |
| HANDLUNGSFELDER DER ZUKUNFT | 8 |
| DAS SOLIDARISCHE LEBEN | 14 |
| III. BEDEUTUNG UND CHANCEN VON SOLIDARITÄT | 15 |
| 1. SOLIDARITÄT - GRUNDWERT DER SOZIALEN DEMOKRATIE | 15 |
| 2. DER ANGRIF DES NEO-LIBERALISMUS AUF DIE SOLIDARITÄT | 21 |
| 3. EIN REALISTISCHES MENSCHENBILD | 23 |
| 4. ORTE DES WIEDERAUFBAUS VON SOLIDARITÄT | 25 |
| III. HANDLUNGSFELDER DER ZUKUNFT | 30 |
| 5. DIE SOLIDARITÄT MIT KOMMENDEN GENERATIONEN | 30 |
| 6. DIE GLOBALE SOLIDARITÄT | 34 |
| 7. DIE EUROPÄISCHE DIMENSION VON SOLIDARITÄT | 36 |
| 8. DIE SOLIDARISCHE MARKTWIRTSCHAFT | 39 |
| 9. DIE INSTITUTION DER SOLIDARGEMEINSCHAFT | 43 |
| 10. DAS SOZIALE GRUNDGUT WOHNEN | 50 |
| 11. DIE HERAUSFORDERUNG DER SOLIDARGEMEINSCHAFT DURCH DIE DIGITALISIERUNG | 52 |
| 12. DIE INTEGRATION DER GESELLSCHAFT | 56 |
| IV. DAS SOLIDARISCHE LEBEN – EINE SCHLUSSBEMERKUNG | 59 |

I. EINLEITUNG

Demokratie will und braucht Freiheit, Offenheit, Verständigung und die Kooperation der Bürgerschaft. Und diese verlangt Sicherheit – materiell-soziale, ebenso wie ideell-psychische, vor allem die Anerkennung des Wertes und der Würde jedes Einzelnen. Diese lässt sich weder polizeilich-militärisch noch kollektiv-politisch erzwingen. Sicherheit gelingt letztlich nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger zu Staat und Politik eine grundsätzlich positive Haltung einnehmen, wenn sie die kommunale, nationale und europäische, aber möglichst auch unsere globale Politik als legitim ansehen. Das wiederum verlangt, dass sie daran teilhaben können. Und dass sie sich dabei prinzipiell miteinander verbunden fühlen, dass sie bereit sind, füreinander Verantwortung zu übernehmen, für einander einzustehen. Identifikation durch Partizipation!

Ohne Solidarität gibt es weder Sicherheit noch Freiheit. Wo diese Einsicht verloren geht, entstehen im Großen Brüche, Krisen, Unruhen, Gewalt in der Gesellschaft und im Kleinen Kälte, Rücksichtslosigkeit, Angst und Egoismus. Wenn jeder nur an sich denkt, ist eben nicht an alle gedacht.

Wir wollen kein Katastrophenbild zeichnen und keine Schwarzmalerei betreiben. Aber kritische Anzeichen für die Gefährdung von Solidarität im Großen und auch im Kleinen sind unübersehbar. Das zeigt uns die Alltagserfahrung der Rücksichtslosigkeit oder zumindest der Indifferenz, wenn andere leiden. Den Gaffern bei Unfällen ist das eigene Foto wichtiger als die lebensrettende schnelle Hilfe. Unfreundliches Anblaffen nimmt zu. Auf den Schulhöfen werden Aggressionen ausgelebt, Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich angesichts dessen oft hilflos. Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft kommen für zu viele Menschen aus einer anderen, altmodischen Welt. Dazu hat auch eine Manie des Wettbewerbs in allen Bereichen der Gesellschaft beigetragen, die andere immer zuerst als Konkurrenten, also als Gegner erscheinen lässt und die gegenseitige Indifferenz, ja Feindseligkeit steigert. Wir müssen also Solidarität neu beleben. Solidarität muss auf allen politischen, ökonomischen und sozialen Feldern wieder zur Orientierung und erkennbar werden im politischen Handeln wie im persönlichen

Leben. Das gibt der Solidarität als Wert und Maxime Stimmigkeit, Ausstrahlung und Stärke.

Was verstehen wir unter Solidarität? Wodurch unterscheidet sie sich von Nächstenliebe oder Barmherzigkeit? Wie ordnet sich Solidarität in den Wertekanon der Sozialdemokratie ein? Warum wurde sie in den letzten Jahren so gegen Verantwortung in Stellung gebracht, mit der Aufforderung, sich nicht auf Solidarität zu verlassen, sondern stattdessen „Selbstverantwortung“ zu praktizieren? Was ist der Wert von Solidarität angesichts umstürzender technologischer Veränderungen genauso wie tiefgreifender klimatischer, ökologischer Herausforderungen? Worin zeigt sich eine Politik der Solidarität im Verhältnis der Staaten und politischer Gemeinschaften zueinander? Was bedeutet ein solidarisches Leben? Wie sollte Solidarität in der Sozialdemokratie und im Verhalten ihrer Mitglieder, Freunde und Unterstützer erkennbar werden und sich verwirklichen?

Die Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand möchte mit diesem Text einen Anstoß zu einer erneuerten vertieften Auseinandersetzung mit dem Grundwert der Solidarität geben. Nach einer Klärung des Verständnisses von Solidarität, der Gründe, warum sich die Bedeutung von Solidarität verändert hat und ihre Wirkungskraft gefährdet ist, sollen die prinzipiellen Chancen aufgezeigt werden, Solidarität wiederzubeleben. Wir erörtern, wie Solidarität die Politik in den verschiedenen Feldern – von der Gestaltung des kommunalen Lebens bis in die Steuerung der Globalisierung hinein - leiten könnte und sollte. Solidarität steht dabei auch für persönliche Haltung und Handlung.

Berlin, Februar 2019



Prof. Dr. Gesine Schwan

Vorsitzende der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

II. ZUSAMMENFASSUNG

BEDEUTUNG UND CHANCEN VON SOLIDARITÄT

Solidarität - Grundwert der Sozialen Demokratie: Solidarität ist Kernbestand sozialdemokratischer Politik. Sie umfasst die Bedeutungen der individuellen Motivierung, der kollektiven Orientierung und des Prinzips organisierter Institutionalisierung. Zu ihren historischen Quellen gehören die monotheistischen Religionen, römisches Rechtsdenken, Humanismus, Aufklärung sowie die Grundwerte der Französischen Revolution, insbesondere die Brüderlichkeit.

Das spezifisch sozialdemokratische Verständnis von Solidarität ist im Kampf um Gleichberechtigung und soziale Sicherheit, in der Arbeitswelt wie im Alltagsleben geprägt worden. Es beruht auf gegenseitiger Verlässlichkeit, setzt Vertrauen voraus und bildet Vertrauen. Es beruht auf einem Menschenbild, das an eine prinzipielle Vertrauenswürdigkeit und -fähigkeit der Menschen glaubt. Solidarität mündet institutionell im Sozialstaat, der aufgrund neuer Herausforderungen wie Globalisierung und Digitalisierung weiterentwickelt werden muss. Sozialdemokratische Solidarität hat immer schon nationale Grenzen überschritten und umfasst tendenziell alle Menschen.

Der Angriff des Neo-Liberalismus auf die Solidarität: Gegen Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts haben - im Zuge der ökonomischen und technologischen Globalisierung - neoliberale bzw. marktradikale Politik und Kultur die Solidarität schwer beschädigt. Die Reduzierung staatlicher Verantwortung zugunsten der Privatisierung von Gütern, Dienstleistungen und Versicherungen erhielt Priorität. Individuelle „Eigenverantwortung“, die nur noch die Privatsphäre umfasste, und „Wettbewerb“, traten politisch kulturell an die Stelle von Solidarität und Verantwortung für die Gemeinschaft. Diese hier idealtypisch nachgezeichnete Logik des „Neoliberalismus“ hat Eingang in viele gegenwärtige deutsche, europäische, insgesamt kapitalistisch grundierte Politiken und Institutionen gefunden. Die Demokratie hat dadurch ihre Inklusionsfähigkeit erheblich eingebüßt, immer größere Teile der Gesellschaft fühlen sich nicht berücksichtigt,

wenden sich von ihr ab und suchen ihr Heil nun in scheinbaren Sicherheitsversprechen autoritärer Gesellschafts- und Demokratievorstellungen. Ohne eine Renaissance institutioneller und kultureller Solidarität, auf die das menschliche Grundbedürfnis nach Anerkennung und sozialer Sicherheit angewiesen ist, hat die Demokratie deshalb weltweit immerweniger Chancen.

Ein realistisches Menschenbild: Forschungen und philosophische Analysen zeigen jedoch, dass es gute Chancen gibt, Solidarität wiederaufzubauen. Für solidarisches Handeln in der Politik besteht fast immer ein Spielraum. In welchem Maße dabei die Bereitschaft zur Solidarität wirksam wird, hängt von den sozialen Bedingungen des Handelns ab. Direkte soziale Verständigung ist die wichtigste Quelle der Bereitschaft zur Solidarität. Sobald Menschen in der Lage sind, miteinander zu kommunizieren, folgen sie in der Regel nicht rein egoistischen Interessen. Die Erfahrung zeigt: Soziale Gerechtigkeit und die damit einhergehende Sicherheit fördern Solidarität und gründen zugleich in ihr.

Orte des Wiederaufbaus von Solidarität: Es gibt vitale lebensweltliche Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Renaissance von Solidarität. Die besten Chancen dafür bieten persönlich überschaubare Erfahrungsräume: in der Familie, in den Bildungsstätten, der Nachbarschaft, in Arbeit und Beruf und nicht zuletzt, ganz allgemein, in den Kommunen. Die sozialdemokratische Familienpolitik, die eine partnerschaftliche Verteilung von Familien- und Berufsarbeit fördert, kommt nicht nur den Wünschen der allermeisten Bürgerinnen und Bürger und den Bedarfen der Wirtschaft entgegen. Sie bietet auch eine herausragende Chance, Solidarität und gegenseitige Hilfe von früh auf zu lernen und als soziale wie politische Ressource aufzubauen. Faire Flexibilisierungen der Arbeitszeit, eine dazu passende Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, eine partizipatorisch ausgerichtete Kommunalpolitik, die z.B. Wert auf eine gemeinwohlorientierte Gestaltung öffentlicher Räume legt, gehören dazu. Hier wird ersichtlich, dass die Kommunen politisch immer mehr an Bedeutung für die Gestaltung sozialdemokratischer Solidarität gewinnen. Denn sie sind partizipatorisch gestaltbar, verantwortungsnah und lebensweltlich konkret. Darüber hinaus müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bildungspolitik die Ziele politischer Gemeinwohlorientierung, Urteilsfähigkeit und gesellschaftlicher

Verständigungsbereitschaft, vor allem die Fähigkeit zu Kooperation und Solidarität mit Entschiedenheit wiederobenan stellen.

HANDLUNGSFELDER DER ZUKUNFT

Solidarität mit den kommenden Generationen: In den Handlungsfeldern der Zukunft spielt die Solidarität mit den kommenden Generationen eine entscheidende Rolle, weil das Überleben der menschlichen Gattung von unserer Fähigkeit zu solidarischem Handeln abhängt. Die Sozialdemokratie kann und muss deshalb zur Vorreiterin einer gerechten sozial-ökologischen Transformation werden. Damit wird sie zugleich die Partei eines neuen Reformpfads, der national, europäisch und global von der Solidarität mit kommenden Generationen geprägt ist. Die Beachtung der planetaren Grenzen und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks sind zu einem kategorischen Imperativ geworden, national, europäisch und global. Dessen Befolgung wird nur möglich, wenn die Chancen und Lasten im Transformationsprozess durch eine solidarische Politik gerecht verteilt werden. Die künftige Entwicklung muss auf erneuerbaren Technologien und geschlossenen Stoffkreisläufen aufbauen und durch eine Effizienzrevolution in der Nutzung von Energie und Rohstoffen und von Suffizienz im Konsumverhalten gekennzeichnet sein.

Die globale Solidarität: Sowohl lokal, als auch national und global, drückt sich heute Solidarität in der Verankerung und praktischen Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit aus. Globale Solidarität ist ein entscheidender Beitrag dazu, dass alle Regionen der Welt und die zukünftigen Generationen die Chance erhalten, ihre Bedürfnisse menschenwürdig zu befriedigen. Die Nachhaltigkeitsziele der UN und die Agenda 2030 sind deshalb der Ausdruck politisch verankerter Solidarität. In Europa muss sich globale Solidarität vor allem in der Beziehung zu unserem Nachbarkontinent Afrika zeigen. Besonders dringend ist globale Solidarität bei der Frage der Migration und der Situation von Flüchtlingen. Wir brauchen legale Wege für Flucht und Migration und die Verpflichtung zu einem respektvollen öffentlichen diesbezüglichen Diskurs. Das Prinzip der Solidarität muss endlich auch in der europäischen Flüchtlingspolitik zum Ausdruck kommen. Eine deutlichere Unterscheidung ist notwendig zwischen der Sicherung des

Grundrechtes auf Asyl sowie der Anerkennung von Kriegsflüchtlingen einerseits und der geplanten Zuwanderung andererseits.

Die europäische Dimension von Solidarität: Institutionen der Solidargemeinschaft und soziale Grundgüter können und sollen in einem zusammenwachsenden Europa nicht mehr allein national gedacht und realisiert werden. Wenn die EU angesichts der Spannungen in ihren Gesellschaften nicht auseinanderbrechen soll, müssen wir an die Wurzel der gegenwärtigen, durchaus existenzbedrohenden Krisen gehen: den Mangel an gesamteuropäischer Solidarität auf der Ebene der nationalen Regierungen. Europa muss, trotz der prinzipiellen Zuständigkeit der Nationalstaaten für die soziale Sicherheit, im Alltag für die Menschen und ihr persönliches Umfeld eine Perspektive von Schutz und Verlässlichkeit bieten. Hier muss eine Reform zugunsten von Solidarität und Bürgernähe ansetzen. Die Förderung und Stärkung von Daseinsvorsorge durch merkbare Unterstützung der Kommunen, sollte als Selbstverständnis und neues Identitätsmerkmal der Europäischen Union entwickelt werden. So kann eine neue Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger Europas mit der Europäischen Union und eine neue europäische Identität geschaffen werden, die für ein stabiles Europa mit sozialem Zusammenhalt steht.

Mit Blick auf globalisierte Märkte und die europäische Währungsunion, bedarf es einer Europäisierung der solidarischen Marktwirtschaft durch eine europäische Koordination der nationalen Finanz-, Geld-, und Lohnpolitiken. Ein möglicher Anknüpfungspunkt ist der makroökonomische Dialog auf europäischer Ebene. Gefragt wäre deshalb eine Reform der europäischen Fiskalregeln, um künftig neben der Schuldentragfähigkeit auch ein angemessenes Niveau öffentlicher Investitionen und ein ausreichendes Niveau sozialer Absicherung durch das öffentliche Gemeinwesen sicherzustellen. Eine europäische Wirtschaftsregierung könnte künftig durch eigene Mittel das Niveau öffentlicher Investitionen stärken und nationale Staatshaushalte in Krisensituationen unterstützen, um die Bereitstellung von Sozialleistungen zu sichern. Im Rahmen einer europäischen Sozialunion sollten künftig Fehlentwicklungen bei Löhnen und Einkommen verhindert werden. Zu diesem Zweck sollten die nationalen Tarifsysteme gestärkt und europäische Regeln für nationale Mindestlöhne entwickelt werden.

Die solidarische Marktwirtschaft: Ein solidarisches Wirtschaftssystem setzt eine Demokratisierung der Arbeitswelt voraus. Die Arbeitsbeziehungen sind im modernen Kapitalismus geprägt durch ungleiche Machtverhältnisse. Die Macht der Arbeitgeber leitet sich aus dem Recht auf Eigentum oder aus der Exekutivgewalt der öffentlichen Hand ab. Mitbestimmung und Mitwirkung, Schutz- und Gestaltungsrechte der abhängig Beschäftigten waren und sind immer wieder umkämpft. In einer komplexen arbeitsteiligen Volkswirtschaft reicht es aber nicht aus, wenn die Demokratie die Betriebe erreicht. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Interessen fallen häufig auseinander. Deswegen müssen die betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidungen aufeinander abgestimmt werden.

Der real existierende Kapitalismus ist eine Mischwirtschaft, die durch eine große Bandbreite von Eigentumsformen und ein umfangreiches staatliches Regelwerk gekennzeichnet ist. In den letzten drei Jahrzehnten der Vorherrschaft marktradikaler Ideologien wurde die Mischwirtschaft durch eine Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung jedoch immer stärker auf die Bedürfnisse privater Kapitaleigner zugeschnitten. Deshalb stellt sich heute mehr denn je die Frage nach einer demokratischen und solidarischen Neuordnung des Wirtschaftens. Wer gesellschaftlich notwendige Entwicklungen zugunsten von Solidarität und Gemeinwohl vorantreiben will, braucht häufig einen handelnden Staat.

Das Prinzip der Solidarität gebietet es, dass öffentliche Güter für jeden zugänglich sind, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Neben dem Markt- gibt es aber auch Staatsversagen. Öffentliches Eigentum allein ist keine Garantie dafür, dass die Unternehmenspolitik auch am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet wird. Entscheidend sind demnach nicht allein die formellen Eigentumsverhältnisse, sondern vor allem die realen Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten. Solidarisches Wirtschaften zeichnet sich durch eine demokratische und effiziente Steuerung, Transparenz und Kontrolle öffentlichen Eigentums aus.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Probleme privatwirtschaftlicher Unternehmen erfährt das Genossenschaftsmodell neue Bedeutung. Durch

Genossenschaftsgründungen entsteht ein Experimentierfeld, um neue Verfahren solidarischen Wirtschaftens jenseits der Renditemaximierung auszuprobieren. Dazu gehört seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auch die „Gemeinwohlökonomie“.

Ein zentrales Feld sozialstaatlicher solidarischer Regulierung ist der Arbeitsmarkt. Die deutsche Volkswirtschaft konnte die große Finanzmarktkrise nicht zuletzt wegen der praktizierten Sozialpartnerschaft und Wirtschaftsdemokratie relativ erfolgreich bewältigen.

Die Institution der Solidargemeinschaft: Der Sozialstaat als Kernbestand institutionalisierter Solidarität und sozialdemokratischer Politik zugunsten sozialer Sicherheit muss angemessen umgestaltet werden. Ein wesentliches Merkmal dabei wird die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sein, damit Solidarität lebbar und erlebbar und nicht einfach an einen fernen Wohlfahrtsstaat delegiert wird. Zur Teilhabe gehört auch das Recht, individuell mitentscheiden zu können, wie die sozialstaatliche Infrastruktur beschaffen sein sollte, um wirksam auf die Lebenssituationen der Menschen eingehen zu können. Solidarische Praxis muss Teilhabe, Inklusion und Gemeinwohl miteinander vermitteln.

Gegen aktuell wiederkehrende Vorschläge für ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ plädiert das sozialdemokratische Verständnis von Solidarität für eine erhebliche Verbesserung und bürgernahe Ausrichtung der sozialen Infrastruktur. Dazu braucht es eine institutionell verankerte soziale Sicherheit durch Rechtsansprüche, Tarifverträge sowie durch das System der Sozialversicherungen.

Wichtige organisierte Akteure sind – neben dem Staat – die Gewerkschaften, die kollektives Handeln im Sinne eines solidarischen Ausgleichsprozesses zwischen verschiedenen Gruppen ermöglichen. Durch zurückgehende Organisationsgrade in den Gewerkschaften und den zunehmenden Rückzug immer größerer Arbeitgeberkreise aus der Tarifbindung, ist dieses Instrument institutioneller Solidarität in den letzten drei Jahrzehnten allerdings deutlich geschwächt worden. Neben den kollektiven Arbeitsbeziehungen, die die solidarische

Primärverteilung gestalten sollen, bilden die Sozialversicherungen und das Steuersystem das zweite Standbein einer sekundären Solidarpolitik, also einer Politik, die nachträglich Ungerechtigkeiten oder Mängel ausgleicht.

Am stärksten ausgeprägt ist das Solidaritätsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Allerdings droht durch die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Krankenkassen inzwischen eine Zweiklassenmedizin. Eine für alle gleichermaßen verbindliche Bürgerversicherung wäre ein Weg zu einem konsequent solidarischen Gesundheitssystem für alle Bürgerinnen und Bürger.

Gegenwärtig wird ein immer größerer Teil der Menschen aus den solidarischen Sicherungssystemen ausgegrenzt. Eine neue Solidarität ist erforderlich, um diesen Menschen wieder institutionelle Sicherheiten in aktualisierter Form zu garantieren. Ein Gradmesser für die solidarische Identifizierung mit unserem Gemeinwesen, ist die Einstellung zu Steuern, die als „Steuerlast“ negativ konnotiert sind. Eine der schwierigsten politischen und kulturellen Herausforderungen liegt darin, dieses negative Verständnis in ein positives zugunsten der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger umzuwandeln. Denn Solidarität und Sicherheit stützen sich gegenseitig. Beide stärken die Identifizierung mit dem Gemeinwesen.

Das soziale Grundgut Wohnen: Wohnen wird gerade zur neuen Sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Deshalb muss es, neben der kontinuierlichen Sicherstellung der sozialen Güter für die anderen Grundbedürfnisse, ein vorrangiges Ziel solidarischer Politik sein, allen Menschen in Deutschland ausreichend lebenswerten und bezahlbaren Wohnraum auch in den Städten zur Verfügung zu stellen. Neben Fragen der Bezahlbarkeit des Wohnens, ergibt sich ein politischer Handlungsbedarf auch aus dem demografischen Wandel in Deutschland und der dauerhaften Migration. Von grundlegender Bedeutung ist dafür allerdings eine Reform des Bodenrechts, das Wertzuwächse steuerlich angemessen bewertet und dafür sorgt, dass die Regeln des Marktes nicht unbeschränkt für ein Gut gelten, das unvermehrbar und unverzichtbar ist.

Die Herausforderung der Solidargemeinschaft durch die Digitalisierung: In Zeiten der Digitalisierung verändern sich die Bedingungen für ein solidarisches Miteinander in vielfacher Hinsicht. Zum einen entwickelt sich das z.T. durch Algorithmen gesteuerte „Scoring“ von Menschen zu einer Gefahr für ihre Autonomie und für ihre gegenseitige solidarische Sicherung. Hier brauchen wir klare Regulierungen. Angesichts sich parzellierender Öffentlichkeit, der Entbetrieblichung der Arbeit, der veränderten Anforderungen an den Sozialstaat und eines wirkmächtigen libertären Diskurses wird Solidarität gleichzeitig schwieriger und notwendiger.

Die Tatsache, dass durch die strukturellen Probleme, die die Digitalisierung hervorruft, der Wohlfahrtsstaat unterwandert werden kann, zumal wenn alternative libertäre Modelle bereits vorliegen, zeigt wie wichtig es ist, dass die Sozialdemokratie die Idee der gesellschaftlichen Solidarität und ihre Institutionalisierung in Zeiten der Digitalisierung neu denken muss. Der technologische Wandel erfordert mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn seine Möglichkeiten breit genutzt und die Gefahren kollektiv abgesichert werden sollen. Die libertären Konzepte eines „jeder für sich selbst“ sind aber schon weit gediehen.

Die Integration: Das unterstreicht die Notwendigkeit immer erneuter sozialer Integration, denn die Digitalisierung fordert den sozialen Zusammenhalt massiv heraus. Bei der aktuell heftig diskutierten Integration von anerkannten Flüchtlingen in die Gesellschaft - einem herausgehobenen Unterfall der ständigen Integrationsaufgabe - spielt, wie auch sonst bei sozialer Integration, unsere Fähigkeit zur gegenseitigen Solidarität die letztlich ausschlaggebende Rolle. Hier hat auch das Element der Gegenseitigkeit eine erkennbar wichtige Bedeutung. Die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von den neuen, dass die sich auf ihre neuen Lebensbedingungen und deren Kultur einlassen. Umgekehrt gilt das aber auch für die Alteingesessenen. Das Prinzip der Gegenseitigkeit verträgt sich nicht mit Forderungen nach einer einfachen Assimilation der neuen Bürgerinnen und Bürger an ihre neue Heimat. Erwartet werden muss von ihnen aber das volle Einverständnis mit der politischen und sozialen Kultur der rechtsstaatlichen Demokratie.

Integration ist in Zukunft immer mehr auf gegenseitige Öffnung und – über persönliche Erfahrungen hinaus – auf Einsicht in soziale, kulturelle und psychologische Zusammenhänge angewiesen. Am wichtigsten ist die Herausbildung und weitere Verbreitung einer verbindenden Alltagspraxis in gemischten Lebenswelten, bei der sich die eigenen Interessen der Einzelnen und ihre gemeinsamen Interessen zwanglos verbinden können. Der Schlüssel für das Gelingen von Integration und des Zusammenhalts von Gesellschaften heißt gegenseitige Solidarität. Sie gedeiht am besten, wo Menschen sich sozial, kulturell, psychisch und materiell möglichst sicher fühlen. Solidarität und Sicherheit brauchen einander auch hier.

DAS SOLIDARISCHE LEBEN

Solidarität ist viel mehr als ein frommer Wunsch, der nur durch Ermahnungen beflügelt werden kann. Ihre Ermöglichung und Stärkung ist vielmehr ein politisches Projekt, das durch die dauerhafte Förderung und Pflege der gesellschaftlichen Felder, in denen sie praktisch wird, verwirklicht werden kann. Solidarität, die über Gerechtigkeit hinauswirkt, macht Gesellschaften menschlich und freundlich, nimmt ihnen die Kälte und vermittelt Sicherheit und Orientierung. Sie begünstigt, dass wir mit Empathie für andere leben und Mitmenschlichkeit wieder zu einer Alltagserfahrung wird. Unser Gemeinschaftserleben kann und muss wieder lebendiger werden. Daher gehört Solidarität heute erneut in den Mittelpunkt unseres politischen Engagements in der Sozialdemokratie. Und wie für Freiheit und Gerechtigkeit gilt der Satz: Der Weg ist das Ziel.

III. BEDEUTUNG UND CHANCEN VON SOLIDARITÄT

1. Solidarität - Grundwert der Sozialen Demokratie

Solidarität gilt in der Sozialdemokratie als individuelles Handlungsmotiv, als kollektive Orientierung und als institutionelles Prinzip. Für die Sozialdemokratie bedeutet der Grundwert der Solidarität die Verpflichtung auf ihre eigene politische Tradition, mit der sie eine lange Vorgeschichte dieses zentralen Prinzips menschlichen Zusammenlebens aufgenommen und ein ganz eigenes Verständnis von Solidarität von der Zeit ihrer historischen Konstituierung bis in die Gegenwart entwickelt hat. Dabei gibt es eine universalistische Tradition der Solidarität und eine auf die eigene Klasse begrenzte Solidarität. Diese ist auch zur Durchsetzung von Machtinteressen politischer Führungseliten missbraucht worden. Deshalb weckt der Begriff „Solidarität“ in Ostdeutschland nicht immer nur positive Assoziationen.

Solidarität als Wert ist in allen drei monotheistischen Religionen, aber auch in anderen Glaubensrichtungen, als Verpflichtung verankert, den Armen und Bedürftigen zu helfen, barmherzig zu sein, den Nächsten zu lieben. Dem liegt die Idee einer grundlegenden, umfassenden Verbundenheit zwischen allen Menschen zugrunde, einer allgemeinen Menschenliebe, auch einer gemeinsamen Gotteskindschaft.

Ein die nationalen Grenzen überschreitender Impuls ist also bereits in der Vorgeschichte des Begriffs der *Solidarität* angelegt. In ihm lebt die *Brüderlichkeit* fort, die den französischen Revolutionären ebenso wichtig war wie *Freiheit* und *Gleichheit*. Von der einseitigen Rede allein vom männlichen Geschlecht befreit, wurde daraus die *Solidarität* mit allen, die *Hilfe*, *Unterstützung* und *Förderung* benötigen und im Verlangen nach *Gerechtigkeit* eine neue politische Gemeinschaft aufbauen wollen.

In diesem Verständnis steht *Solidarität* in der Tradition der *Humanität*, die auf Denker der Antike und der Renaissance, vornehmlich auf Cicero und Erasmus von Rotterdam, zurückgeht. Von Kant, Herder, Wilhelm von Humboldt, Schiller oder Beethoven wurde sie wirkungsvoll für das gebildete Bürgertum erneuert. Unter

dem Titel der *Solidarität* wird daraus ein notfalls auch kämpferischer *Anspruch für alle*. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Humanität und Solidarität auch *Ausdruck feierlicher Verbundenheit* waren und sind. In ihnen wird das Glück des gemeinsamen Daseins gesucht, erlebt und beschworen.

Eine weitere Quelle der Solidarität ist der römisch-rechtliche Gedanke der gegenseitigen Haftung (*solidus*) bzw. der Bürgschaft. Für andere (nicht nur rechtlich) zu bürgen bzw. einzustehen – das hallt in Schillers „Bürgschaft“ nach, insbesondere, wenn sie in Not geraten sind, ist ein wichtiges Element von Solidarität.

Heute bekommt im Verständnis von *Solidarität ein besonderes Gewicht, dass Solidarität die gemeinsame Verantwortung aller Menschen vor den Herausforderungen der Zukunft* unterstreicht. Neu ist dieser Appell vor allem deshalb, weil er ausnahmslos *alle* Menschen einbezieht. Mögen sich einige Regionen, Länder und Staaten, vielleicht auch wohlhabende Schichten oder ganz auf den Augenblick beschränkte Personen vor den Folgen der Umweltkrise sicher wähnen: Auf unserem Planeten wird niemand der selbstverschuldeten Katastrophe entgehen. Und sollte sie dennoch verhindert werden können, dann nur im Zeichen der *Solidarität aller Menschen*.

Die Bewahrung der Schöpfung und die Rettung der Menschheit verlangen den *Einsatz aller wissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Mittel*. Die aber können nur dann Erfolge zeitigen, wenn sie mit *umfassenden Veränderungen in der rechtlichen, sozialen und politischen Verfassung der Staatenwelt* verbunden sind. Die damit verknüpften Lasten werden vor allem die Menschen in den technisch und ökonomisch hoch entwickelten Ländern der Erde zu tragen haben. Ohne *Solidarität* – auch in der Krise – kann diese Leistung nicht erbracht werden. Und ohne *Solidarität* mit jenen, die schon seit Jahrhunderten zu den Opfern des Aufstiegs zur zivilisatorischen Moderne gehören, kann noch nicht einmal ein glaubwürdiges Motiv für eine Politik der humanen Zukunftssicherung gefunden werden.

Der damit verbundene Aufwand, verlangt die Aufbietung aller emotionalen und intellektuellen Kräfte. Man kann hoffen, dass sie angesichts der vor Augen stehenden Bedrohung, inmitten der bereits erfahrenen Not und in Erwartung

weitreichender Verluste, wie von selbst entstehen. Aber auch das Gegenteil ist möglich, wie die weltweit um sich greifenden nationalen Egoismen befürchten lassen. Will man dem selbstbewusst entgegentreten und die bedrohte Zukunft der Menschheit im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung sichern, so ist das nur im Geist der *Solidarität* möglich.

Diese *Solidarität* gewinnt ihre Gewissheit und ihre Sicherheit in der *Liebe* und in der *Freundschaft*. Sie entspringt dem *gemeinsamen Leben mit den Nächsten und den Freunden*; im globalen Dorf der Weltgemeinschaft schließt sie aber die vermeintlich Fernsten nicht aus. Sie steht der Verbundenheit mit der eigenen Herkunft, einer wohl begründeten politischen Ordnung, einer geliebten Kultur oder einer die Freiheit ermöglichenden Religion nicht entgegen. Alles dies gehört zu den Formen eines humanen Lebens, ohne die sich der Mensch selbst gar nicht verstehen könnte. Wer aber will, dass es den Menschen und die Menschheit weiterhin gibt, der kommt nicht umhin, mit ihnen und mit ihr über alle Grenzen hinweg *solidarisch* zu sein.

Ganz in diesem Sinne spielte das Prinzip der Gegenseitigkeit im Solidaritätsverständnis der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung eine große Rolle. Denn Solidarität wird unter Gleichen geübt, ist nicht Barmherzigkeit oder Wohlwollen der besser Gestellten gegenüber den Armen, ist auch nicht einfach gleichzusetzen mit Menschenliebe. Gleichheit und Partnerschaft charakterisieren – normativ und auch oft empirisch – das Verhältnis der Menschen, der Genossen und Genossinnen untereinander, und das prägt auch das Solidaritätsverständnis. Die Gegenseitigkeit der persönlichen Solidarität als Grundhaltung, unterscheidet sich aber von der des rechtlichen Vertrags. Sie ist weder erzwingbar noch einklagbar. Denn persönliche Solidarität beruht auf Freiwilligkeit. Aber Gegenseitigkeit wird - wenn auch nicht sofort, hier und jetzt, und auch nicht mit Sicherheit - erwartet, wenn die Umstände es ermöglichen. Sie ist keine Bedingung für solidarisches Handeln, aber man kann auf sie zählen. Sie gehört sich für anständige Menschen, im Unterschied zu Trittbrettfahrern.

Das setzt Vertrauen voraus, entweder zwischen denen, sie sich kennen, oder zwischen Kampfgenossen, die auf derselben Seite stehen und für sich wie für die Genossinnen und Genossen politische Rechte und soziale Sicherheiten erkämpfen

wollen. Dabei schweißen die eigene, oft schwierige und jedenfalls risikoreiche Lebenssituation und der gemeinsame Kampf gegen den politischen Gegner zusammen. Man ist voneinander abhängig, auch das fördert Gegenseitigkeit und Partnerschaft.

Von der persönlichen Solidarität als Grundhaltung hat die Sozialdemokratie allerdings im Kampf gegen Ausbeutung und Krisen im Kapitalismus in einem weiteren konsequenten Schritt den Sozialstaat als Rechtsanspruch auf finanzielle Sicherung für den Fall unverschuldeten Unglücks – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Tod – erstritten. **Der Sozialstaat** ist somit eine institutionalisierte Solidarität, bei der die gesamte Gesellschaft zusammensteht, um zu helfen. **Er ist Kernbestand sozialdemokratischer Politik.** Er beruht nicht auf der Gegenseitigkeit eines zivilrechtlichen Vertrages zwischen Individuen, sondern auf einer demokratischen Entscheidung für eine Staatsgestaltung zum Wohle aller Menschen. Eine Privatisierung von Sozialversicherungen bedeutet deshalb auch eine Abkehr vom Prinzip des Sozialstaats. Sie hat an der gegenwärtigen Unterminierung der Alltagssolidarität ihren nicht zu unterschätzenden Anteil. **Umso mehr gehört zu den zentralen aktuellen Herausforderungen der Sozialdemokratie im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung eine neue Grundlegung und Ausgestaltung des Sozialstaates, die dessen Prinzipien unter den neuen Bedingungen bewahrt und in den konkreten sozialen Sicherungssystemen in Partnerschaft gegenüber und mit den Menschen umsetzt.**

In der internationalistischen Tradition der sozialdemokratischen Solidarität, waren prinzipiell nicht nur Kampfesgenossen, sondern alle Menschen in sie eingeschlossen, was die Bereitschaft zum Vertrauen zu einem grundsätzlichen „**Menschenbild**“ erweitert: **Sozialdemokraten gehen von einer prinzipiellen Vertrauenswürdigkeit und Vertrauensfähigkeit der Menschen aus.** Sie sind nicht naiv, aber sie haben kein autoritär-pessimistisches, kein misstrauisches Menschenbild.

Die europäische Arbeiterbewegung verstand Solidarität von Anbeginn als das Bewusstsein der Verbundenheit der Interessen aller Menschen und deren Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe über das hinaus, was die Gerechtigkeit von jedem verlangt. Solidarität trägt zur Gerechtigkeit bei, aber sie ist mehr. Sie ist

eine Kraft der Schwachen und der Vielen im Kampf für das Recht, vor allem für die sozialen Rechte. Sie zielt darüber hinaus auf die wechselseitige Verantwortung der Menschen füreinander in der unmittelbaren Praxis ihres alltäglichen Zusammenlebens. Sie ist eine Haltung der zwischenmenschlichen Anerkennung und Hilfsbereitschaft als alltäglicher Lebensform. Sie ist eine Handlungsorientierung, die Vertrauen stiftet und Gesellschaften menschlich macht.

Ursprünglich hatte **Solidarität in der europäischen Arbeiterbewegung zwei miteinander verbundene Bedeutungen: eine universalistische und eine kollektive.** Ziel der Bewegung war zu allen Zeiten eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die solidarisch zusammenleben. Da aber der Weg zu diesem Ziel unter großen Opfern erkämpft werden musste und muss, trat der universalistische Gehalt der Solidarität zunächst hinter ihrer kollektiven Bedeutung als verbindende und motivierende Kraft der Gleichgesinnten für das gemeinsame Ziel zurück. Dabei blieb das eigentliche Ziel der Arbeiterbewegung stets die von der Gleichheit und Freiheit aller geprägte menschenwürdige Gesellschaft, in der Solidarität die Beziehungen zwischen allen Menschen bestimmt.

Solidarität war im Verständnis der Sozialdemokratie immer **in doppelter Weise mit dem Grundwert Gerechtigkeit eng verbunden:** Sie ist zum einen die **motivierende Kraft** im Kampf für eine gerechte Gesellschaft, die soziale Sicherheit, öffentliche Güter und demokratische Entscheidungsteilhabe gewährleistet. Und sie **entfaltet sich** als Handlungsorientierung der Menschen im Alltagsleben und in ihren öffentlichen Beziehungen **umso wahrscheinlicher und umso nachhaltiger, je gerechter die gesellschaftlichen Verhältnisse schon sind.**

Wilhelm Liebknecht brachte dieses Verständnis auf einen fortgeltenden Begriff:

„Der Fundamentalsatz der Moral: Tue Deinem nächsten, was Du willst, dass er Dir tue, ist das Produkt der Not, welche die Erkenntnis hervorrief, dass Menschen solidarische Interessen haben ... Der Begriff der allgemeinen

menschlichen Solidarität ist der höchste Kultur – und Moralbegriff: ihn voll zu verwirklichen, das ist die Aufgabe des Sozialismus.“¹

Solidarität war im Übrigen in der klassischen Arbeiterbewegung nicht nur ein Grundwert oder eine Forderung, sondern **auch eine alltägliche Lebenspraxis**. Sie fand ihre massive Unterstützung in vier Erfahrungsbereichen: dem gemeinsamen Arbeiten in den großen und kleinen Fabriken mit seinen täglich zu bestehenden Konflikten; dem Wohnen in beengten Stadtquartieren mit seiner starken lebensweltlichen Milieuverbundenheit; den häufigen Arbeitskämpfen mit ihren existenzbedrohenden Risiken; dem gemeinsamen Handeln in den gewerkschaftlichen, politischen und vor allem auch lebenskulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Hier wurde der Wert der **Solidarität unmittelbar erfahrbar**: der Mehrwert des zunächst selbstlos scheinenden Miteinander und Füreinander, des menschlichen Gebens und Nehmens ohne individualistisches Nutzenkalkül für alle, der garantierte, dass am Ende niemand allein gelassen wird. Solidarität wurde wie selbstverständlich erlebt und begriffen als eine doppelseitige Verpflichtung: als Pflicht der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen *und* als Pflicht des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Alle notwendige Unterstützung erhielten ohne Zögern stets auch die, die im Moment selbst wenig beitragen konnten. Verachtung aber traf das Trittbrettfahren aus Prinzip. Die Garantie der faktischen Gegenseitigkeit war der Kern der Solidarität, sie galt aber auch dann unbedingt, wo Gegenleistungen letztlich nicht erforderlich wurden, aber die Bereitschaft zu ihnen außer Zweifel stand.

Das Hamburger Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie von 2007 bekräftigt und aktualisiert dieses traditionsreiche Verständnis:

„Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen

¹ Wilhelm Liebknecht (1874), Zu Trutz und Schutz. Festrede gehalten zum Stiftungsfest des Cimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871 von W. Liebknecht, nach der stenographischen Niederschrift, 4., vermehrte Aufl., Leipzig.

Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgte und organisierte Solidarität.“²

2. Der Angriff des Neo-Liberalismus auf die Solidarität

Als programmatisch ausformulierter Grundwert ist Solidarität zwar erst mit dem Godesberger Programm und dessen Abschied vom Marxismus als „wissenschaftlicher“ Grundlage sozialdemokratischer Politik in den Vordergrund gerückt. Das gilt im Übrigen auch für die anderen beiden Grundwerte: Freiheit und Gerechtigkeit. Dennoch war sie in der Arbeiterbewegung, wie gezeigt, von Beginn an lebendig, selbstverständlich und zentral: als Orientierung des individuellen und kollektiven Verhaltens und im Sinne einer eigenen Lebenskultur ebenso wie als Prinzip der institutionellen Absicherung gegen Risiken, die im Kapitalismus für die einzelne Person nicht berechenbar oder nicht beherrschbar sind und damit als politischer Auftrag zu einer institutionellen Gestaltung.

Beide Dimensionen – die kulturelle wie die institutionelle – sind in den letzten vierzig Jahren durch die globale Durchsetzung marktradikaler Wirtschaftstheorie und -praxis schwer beschädigt worden. Im Unterschied zum ordo-liberalen Verständnis kurz vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, das die staatliche Rahmung des unregulierten Kapitalismus anstrebte, propagierte der politische Neoliberalismus seit dem Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts im Kern die Minimierung staatlicher Gestaltung und Verantwortung zugunsten eines nun globalen deregulierten Marktes. Er zielte darauf, die ehemals politisch, sprich: nationalstaatlich entschiedene Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen weitgehend zu privatisieren und dem „freien“ Spiel der globalen Marktkräfte zu überlassen. Motor der Entwicklung sind demnach im Wesentlichen individuelle

² Hamburger Programm, Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007, S.16.

Leistungen, die durch Wettbewerb in allen Bereichen der Gesellschaft stimuliert werden und sich auf dem deregulierten Markt bewähren sollen.

Zentral war dabei institutionell die Umdeutung und Umgestaltung von zuvor solidarisch getragenen Versicherungen und öffentlichen Gütern (Bildung, Gesundheit, Wohnen, Sicherheit, Arbeitswelt) in individualisierte private Güter. Das war der kulturelle Sinn der Privatisierungspolitik. Kollektive Sicherheiten, ebenso wie solidarische Hilfen, wurden zu „Hängematten“ umgedeutet. Sie galten nun im herrschenden öffentlichen Diskurs als Fesseln der individuellen Leistungsbereitschaft sowie -steigerung und beförderten angeblich Verantwortungslosigkeit. **Individuelle, sog. „Eigenverantwortung“, die nur noch die Privatsphäre umfasste, und „Wettbewerb“, traten politisch kulturell an die Stelle von Solidarität und Verantwortung für die Gemeinschaft.** Vorangetrieben wurde, in den Worten eines damaligen BDI-Präsidenten, der Übergang **von der „Wettbewerbswirtschaft“ zur „Wettbewerbsgesellschaft“.**

Gegnerschaft sollte damit das kulturell dominierende Prinzip der zwischenmenschlichen Beziehungen werden. So entstand eine neue Version von Thomas Hobbes' berühmter Grundannahme vom „Homo Homini Lupus“ – der Mensch ist dem Menschen Wolf. Dies allerdings nicht, wie bei Hobbes, als Naturzustand, der durch einen Gesellschaftsvertrag zu überwinden wäre, sondern als gewünschter Gesellschaftszustand einer vom Staat nicht mehr begrenzten und geregelten Freiheit.

Die hier idealtypisch nachgezeichnete Logik des „Neoliberalismus“ hat Eingang in viele gegenwärtige deutsche, europäische, insgesamt kapitalistisch grundierte Politiken und Institutionen gefunden. Sie ist daher auch nicht von heute auf morgen überwindbar. Die strategische Beschränkung auf private – z.B. betriebswirtschaftliche – Einzelinteressen, hat **Solidarität so in den letzten 40 Jahren in den westlichen Demokratien institutionell und kulturell strategisch unterminiert.** Ausdruck dafür ist der Begriff der „marktkonformen“ Demokratie, der solidarische Sicherheiten und Verhaltensweisen diskreditiert, weil sie der auf Deregulierung zielenden Wettbewerbsfähigkeit angeblich entgegenstehen. In der Folge sind die Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, ebenso wie zwischen Mächtig und Ohnmächtig weltweit rasant angestiegen.

Die Demokratie hat dadurch ihre Inklusionsfähigkeit erheblich eingebüßt, immer größere Teile der Gesellschaft wenden sich von ihr ab und neigen nun autoritären Gesellschafts- und Demokratievorstellungen zu. **Ohne eine Renaissance institutioneller und kultureller Solidarität, auf die das menschliche Grundbedürfnis nach Anerkennung und sozialer Sicherheit angewiesen ist, hat die Demokratie deshalb weltweit immer weniger Chancen.**

In Philosophie und Wissenschaft wird erörtert, auch in der Folge dieser Erfahrung, ob und wieweit Menschen grundsätzlich auf Solidarität oder auf Gegnerschaft angelegt sind. Um Solidarität nach ihrer neoliberalen Beschädigung wieder politisch zu stärken, ist ein Blick auf diese Debatte nützlich, weil er zeigt, ob und wie das am besten gelingen kann.

3. Ein realistisches Menschenbild

In der Sozialforschung gibt es einen langanhaltenden Streit darüber, in welchem Maße Menschen als ursprüngliche Egoisten betrachtet werden müssen, oder ob sie zu solidarischem Handeln in der Lage sind. Die Sozialforschung hat in jüngerer Zeit auf unterschiedlichen Forschungsgebieten immer wieder gezeigt, dass der Glaube, Solidarität sei den meisten Menschen fremd und alle seien eigentlich Egoisten, nicht zu halten ist. Dazu haben vor allem drei Forschungsfelder beigetragen:

Die *politische Diskursforschung* hat gezeigt, dass die politischen Interessen, speziell im Hinblick auf Wahlentscheidungen, von den allermeisten Menschen nicht auf der Basis egoistischer Nutzenerwägungen formuliert werden. Sie bilden sich vielmehr in den öffentlichen Debatten heraus, in denen Gemeinwohlvorstellungen und gute Argumente eine wichtige Rolle spielen. Daraus ergibt sich bei der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und für das politische Denken und Handeln eine jeweils *spezifische Mischung* aus rationalen Nutzenerwägungen und kollektiven Wert-Orientierungen wie Gerechtigkeit und Solidarität. In der Praxis des sozialen Handelns kommen darum so gut wie immer, gleichzeitig unterschiedliche Logiken und Prioritäten ins Spiel. **Für gut begründete Solidarität besteht fast immer ein Spielraum.**

Solide fundiert ist auch die Annahme, dass fast alle Menschen von einem *starken Streben nach sozialer Wertschätzung* geprägt sind. Dabei geht es sowohl um die Anerkennung als Person überhaupt, wie um die Anerkennung ihrer Leistungen und ihres Wertes für Andere und für die Gesellschaft. Die sozialen Bedingungen, unter denen dieses Grundbedürfnis vom einzelnen Menschen als befriedigt erfahren wird, hängen vom jeweiligen kulturellen Selbstverständnis der Gesellschaft ab. Die Spannweite der höchst unterschiedlichen Erfahrung zwischen den USA mit ihren individualistisch, konkurrenzorientierten Verhaltensnormen und den skandinavischen Ländern, mit ihren gewohnheitsmäßigen Erwartungen an Bürgersolidarität und staatlich administrierten sozialen Dienstleistungen, illustrieren die unterschiedlichen Bedingungen für soziale Anerkennung und damit auch für das tatsächliche Verhalten ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Schließlich ist direkte soziale Verständigung der Forschung zufolge die *wichtigste Quelle der Bereitschaft zur Solidarität*. Sobald Menschen in der Lage sind, miteinander zu kommunizieren, folgen sie in der Regel in ihrem sozialen und politischen Handeln nicht rein egoistischen Interessen, auch wenn dies eine leitende Rolle in ihrem *wirtschaftlichen* Verhalten spielt. Sie neigen vielmehr zur Einbeziehung der Anderen in der Praxis *rationaler Verständigung*. Die Bereitschaft, solidarischen Handlungsnormen zu folgen und sich mit anderen über kollektive Zwecke gemeinschaftlichen Handelns zu verständigen, ist für die meisten Menschen daher Alltag.

Die wirklichen Menschen sind also fast nie bloße ökonomische Nutzenmaximierer, sondern folgen als Sozialwesen je nach Handlungskontext unterschiedlichen Rationalitätskonzepten. Darüber sind sich sogar die Verhaltensökonominnen einig. In welchem Maße dabei die Bereitschaft zu Solidarität wirksam wird, hängt von den sozialen Bedingungen des Handelns ab. Die Bereitschaft der meisten Menschen, zum gesellschaftlichen Wohl beizutragen und solidarisch zu handeln, wächst in dem Maße, in dem sie erwarten können, dass die Gesellschaft, in der sie leben, in ausreichendem Maße soziale Güter zum Nutzen aller und daher auch zu ihrem eigenen hervorbringt. Daher sind *Vertrauen* und die Gewissheit der Wirksamkeit von Normen der Gegenseitigkeit eine wichtige Stütze für solidarisches Handeln und Kooperation. **Soziale Gerechtigkeit**

und die damit einhergehende Sicherheit fördern Solidarität und gründen zugleich in ihr.

Wie bauen wir nach den Jahren der neoliberalen Zerstörung Solidarität wieder auf?

4. Orte des Wiederaufbaus von Solidarität

Unsere Lebenserfahrung lehrt uns, dass es leichter fällt, kulturelle Fähigkeiten und institutionelle Prinzipien wie Solidarität, Gerechtigkeit, Vertrauen, Mäßigung, Ausgleich, Empathie, Zivilcourage zu zerstören, als sie aufzubauen. Sie wieder stärken zu wollen, heißt darauf zu setzen, dass die sozialen, politischen und solidarischen Potenziale der Menschen auch dann nicht versiegen, wenn sie jahrzehntelang verletzt worden sind.

Soziale Institutionen und Kultur bedingen und stützen sich gegenseitig, aber der Aufbau von Kulturen wie Solidarität, wenn sie beschädigt worden sind, muss durch das Handeln der Menschen, also kulturell in Gang gesetzt werden. Aus dem freien Spiel der Kräfte, quasi „von allein“ ändern sich Institutionen und Kulturen kaum. Es gibt auch keine einlinige Strategie, die Solidarität „der Reihe nach“ wieder aufbauen könnte. Vielmehr müssen verschiedene Schritte zugleich unternommen und möglichst stimmig miteinander verbunden bzw. „vernetzt“ werden. Nur so entsteht eine überzeugende sozialdemokratische Strategie der Erneuerung von Solidarität.

Die anfangs beschriebene massive neoliberale Tendenz hat Solidarität zwar unterminiert und geschwächt, aber nicht ausgelöscht. Innerhalb der westlichen demokratischen Gesellschaften hat es vielmehr zugleich einen Aufschwung von zivilgesellschaftlichen demokratischen Initiativen gegeben, ebenso wie von kultureller Emanzipation und Entwicklung partnerschaftlicher, nicht-hierarchischer Umgangsweisen, die Demokratie und Solidarität zugutekommen. Es gibt also – wie auch die philosophischen Einsichten und wissenschaftlichen Forschungen erweisen – **vitale lebensweltliche Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Renaissance von Solidarität.**

Die besten Chancen dafür bieten persönlich überschaubare Erfahrungsräume: **in der Familie, in der Bildung, der Nachbarschaft, in Arbeit und Beruf und nicht zuletzt, ganz allgemein in den Kommunen.** Hier wird der Bedarf an Solidarität ebenso wie die Chance, sie zu üben und zu spüren, am deutlichsten erlebbar. Hier kann Solidarität auch am nachhaltigsten, nicht zuletzt durch Gewohnheit, gelernt und in der Praxis geübt werden.

Zahllose gut bestätigte Sozialisationstheorien und empirische Untersuchungen belegen die **Bedeutung der Familie**, ihrer Kultur und der in ihr gelernten Rollen für die Prägung und Intensität der sozialen und politischen Kultur der heranwachsenden Generation und damit auch des Gemeinwesens – im Guten wie im Schlechten. Zentral ist der Unterschied zwischen patriarchal-autoritären Familien – in der der Vater das Sagen hat – und solchen, die partnerschaftlich ausgerichtet sind, in denen Entscheidungen ausgehandelt werden. Letztere bieten wegen ihrer prinzipiell freiheitlichen Orientierung und wegen ihrer emotionalen Bedeutung für Kinder und Eltern eine herausragende Chance, Solidarität zu lernen und zu praktizieren. Parallele und spätere Prägungen durch Bildungsinstitutionen oder Gruppen Gleichaltriger sind überaus wichtig, erreichen aber in der Regel nicht die emotionale Intensität und damit die Prägekraft der innerfamiliären menschlichen Beziehungen, zumal in der frühkindlichen Phase.

Deswegen kommt die **sozialdemokratische Familienpolitik**, die eine **partnerschaftliche Verteilung von Familien- und Berufsarbeit** erstrebt, nicht nur den Wünschen der allermeisten Bürgerinnen und Bürger und den Bedarfen der Wirtschaft entgegen. Sie bietet auch ein Bollwerk gegen autoritäre Tendenzen und Fixierungen von familiären Rollen sowie eine herausragende Chance, Solidarität und gegenseitige Hilfe von früh auf zu lernen und als soziale wie politische Ressource aufzubauen. Politik, aber auch die Unternehmen, müssen dafür Voraussetzungen schaffen. Faire Flexibilisierungen der Arbeitszeit, die z.B. mit Unterstützung der Sozialpartner geregelt werden sollten, eine dazu passende Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik, eine familienfreundliche Gestaltung öffentlicher Räume gehören zu einer **partizipatorisch ausgerichteten gemeinwohlorientierten Kommunalpolitik** dazu.

Eine solche Gemeinwohlorientierung bietet in einer lebendigen Kommune auch die Grundlage für die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen und damit für ein **Heimatgefühl**, das sich nicht nach außen abschließen oder ängstlich-reaktionär, aber aussichtslos den Wandel aufhalten will. Vielmehr verleiht die **Mitgestaltung in der Kommune** den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl von Kompetenz, Kontrolle, Zugehörigkeit sowie Identifikation und befähigt sie zur Solidarität miteinander. An die Stelle der manischen Kultur des Wettbewerbs der vergangenen Jahrzehnte tritt das sinnstiftende Gefühl gegenseitiger Zuwendung und Hilfe.

Sozialdemokratische Solidarität bedeutet nicht die Unterordnung unter ein Kollektiv, sondern geschieht als gemeinwohlorientierte, bürgerschaftlich-freiwillige Hilfsbereitschaft in konkreten Lebenslagen, die von den Einzelnen allein nicht beherrscht werden können.

Hier wird ersichtlich, dass **die Kommunen politisch immer mehr an Bedeutung für die Gestaltung sozialdemokratischer Solidarität gewinnen. Denn sie sind partizipatorisch gestaltbar, verantwortungsnah und lebensweltlich konkret.** Das gilt besonders für die zukünftigen Integrationsaufgaben von Minderheiten jeglicher Art: Migranten, Flüchtlingen, Menschen mit Behinderungen etc., die erst dann gelingen, wenn sie umfassend menschlich solidarisch begleitet werden.

Auf der Ebene der Kommunen und der Länder werden auch die wichtigsten **bildungspolitischen Entscheidungen** getroffen. Das grundlegende Prinzip der Sozialdemokratie, für Gleichheit der Bildungschancen zu sorgen, bleibt gültig. Aber mehr als bisher muss sozialdemokratische Bildungspolitik sich in Zukunft auf die inhaltlichen Ziele von Bildung konzentrieren. Die Wettbewerbsmanie der letzten drei Jahrzehnte hat entgegen ihrer öffentlichen Rechtfertigung nicht eine „objektive Leistung“ (die es so unbestritten nicht gibt), auch nicht die propagierte „Selbstverantwortung“, sondern Ichbezüglichkeit und Ellenbogenmentalität begünstigt.

Dagegen müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der **Bildungspolitik** noch stärker, als sie es in der Vergangenheit schon getan haben, die Ziele politischer Gemeinwohlorientierung, Urteilsfähigkeit und gesellschaftlicher Verständigungsbereitschaft, vor allem die Fähigkeit zu

Kooperation und Solidarität mit Entschiedenheit obenan stellen. Das gilt sowohl für die individuellen Haltungen (also kulturell), als auch für die Struktur der Bildungsinstitutionen, die partnerschaftlich und auf Teilhabe ausgerichtet sein sollten. Dies gilt gerade auch, wenn Schulen und andere Bildungseinrichtungen, um in ihrer Methodik zukunftsorientiert sein zu können, bei der Erweiterung ihrer Lernwelten durch digitale Systeme und deren Potentiale unterstützt werden müssen.

Eine entscheidende Rolle für die Erfahrung und Regeneration von Solidarität, spielt auch das freiwillige Zusammenwirken von Menschen bei der Bewältigung selbst gestellter Aufgaben in der **Nachbarschaft, der Lebenswelt, der Zivilgesellschaft** sowie in religiös-weltanschaulichen Gemeinschaften. Dieser gesamte soziale Erfahrungsbereich gilt daher völlig zu Recht als die *moralische Infrastruktur der Gesellschaft*. Denn hier können Menschen die Wirklichkeit und den Nutzen eines solidarischen Engagements für die Belange Anderer und der Gemeinschaft und die Überlappung dieser Belange mit ihren eigenen Interessen unmittelbar erfahren. Und hier vor allem erleben sie auch außerhalb der Familie den Wert der Gegenseitigkeit, die solidarisches Handeln kennzeichnet, und die vielfältigen Möglichkeiten, in denen sie sich bewähren kann: lang -und kurzfristig, direkt und indirekt. Menschen erfahren hier auch, wie Solidarität Vertrauen und Vertrauen Solidarität fördert.

Besonders **wichtige soziale Erfahrungsorte solidarischer Gemeinschaftspraxis sind deshalb neben Familie und Arbeitswelt das bürgerschaftliche Ehrenamt, die Gewerkschaftsarbeit, kulturelle und religiöse Lebensformen und (Sport-)Vereine, das öffentliche Engagement in nachbarschaftlichen sowie den immer bedeutsamer werdenden zivilgesellschaftlichen Initiativen und eben insgesamt alle Tätigkeiten in den Kommunen.** Diese Überlegung trifft sich mit christlichen und sozialistischen Vorstellungen zur Subsidiarität, die deshalb nicht im Gegensatz zur Solidarität stehen. Hierfür ist auch die Engagement-Förderung überaus hilfreich.

Eine finanzielle und personelle Stärkung der Kommunen und dortiger zivilgesellschaftlicher Mitbestimmung, z.B. bei Entwicklungsplänen und Investitionen, könnte auch dazu beitragen, die eklatant gewordenen Gegensätze

zwischen Stadt und Land zu überwinden und diese neuen Ungerechtigkeiten partizipatorisch-solidarisch zu überwinden. Dafür bietet der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland mit seinem Prinzip des Finanzausgleichs zugunsten prinzipiell gleicher Lebensverhältnisse aller Deutschen, die es faktisch zurzeit nicht ausreichend gibt, eine entscheidende verfassungsmäßige Grundlage. Die eingeforderten Verbesserungen der Infrastruktur zugunsten gleicher Chancen der Bildung, der Mobilität, der Information, insgesamt die Bereitstellung von mehr und besseren öffentlichen Gütern, sind nach jahrelanger Privatisierung ein zentrales Gebot solidarischer Politik.

Ihre weitere politische Anwendung und Konkretisierung muss Solidarität in allen wichtigen politischen Handlungsfeldern der Zukunft finden.

III. HANDLUNGSFELDER DER ZUKUNFT

5. Die Solidarität mit kommenden Generationen

Von zentraler Bedeutung ist hier die Verbundenheit mit den kommenden Generationen. Neu ist nämlich an unserer heutigen Situation im Vergleich zum vergangenen Jahrhundert, wie einleitend schon hervorgehoben, dass **das Überleben der menschlichen Gattung von unserer Fähigkeit zu solidarischem Handeln abhängt**. Denn wir leben in der **geologischen Erdpoche des Anthropozän**, des von Menschen gemachten Klimawandels mit seinen umfassenden Folgen für das Leben, die Zerstörung der biologischen Vielfalt, die Verschlechterung und die nachlassende Verfügbarkeit von Böden und Süßwasser. Das Überschreiten der planetarischen Grenzen in zentralen Bereichen der Umweltbelastung und der ökologische Fußabdruck der Menschen, das Erreichen des „Welterschöpfungstags“ für 2018 bereits zur Jahreshälfte, lassen keinen Zweifel daran. Die neue Qualität der menschlich verursachten Umweltzerstörung macht inzwischen die ökologische Selbstvernichtung der Menschheit denkbar. Im Anthropozän spitzen sich gleichzeitig die sozialen und die ökologischen Herausforderungen des Kapitalismus drastisch zu.

Eine erfolgversprechende Politik zur Bewältigung dieser historisch beispiellosen Gefahren setzt die **Verbindung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit** voraus. Um diese zu ermöglichen, brauchen wir eine Erneuerung unserer Fähigkeit zur Solidarität.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen künftig die ökologischen Grenzen des Wachstums konsequent beachten. Das lineare Denken der modernen Fortschrittsidee muss die Fixierung allein auf technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum überwinden. Unser Verständnis von Fortschritt muss in Zukunft um soziale und kulturelle Gestaltungsoptionen erweitert werden. Es war eine naive Vorstellung, dass technologischer Fortschritt immer mit humanitärem und demokratischem Fortschritt einhergeht. So eindimensional dachte die Aufklärung nie. Heute müssen zusätzlich vor allem die natürlichen Lebensgrundlagen, wenn wir sie ausreichend schützen wollen, dauerhaft als

Gemeinschaftsgüter organisiert werden. Nur in einem solchen Rahmen können Nutzungsrechte und Nutzungspflichten zukunftsorientiert geordnet werden.

In unser, um die Dimension der Zukunft erweitertes, Verständnis von Solidarität wollen wir die Natur, die Armen und die Ungeborenen einschließen. Verstärkte Solidarität ist gefordert, um den gegenwärtig vorherrschenden Widerspruch zu überwinden, dass im Grundsatz die Dringlichkeit des Umweltschutzes zwar von fast allen akzeptiert wird, aber die praktischen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, von vielen gefürchtet werden, weil sie die Beschränkung ihrer gegenwärtigen Interessen voraussetzen.

Dabei kommen die Folgen des Nicht-Handelns mit der kompromisslosen Härte der Naturgesetze auf uns zu. Je später wir mit der sozial-ökologischen Transformation beginnen, desto einschneidender müssen die Maßnahmen zur Korrektur sein. Dagegen eröffnet ein schnelles Umsteuern große Chancen für mehr Wirtschafts- und Lebensqualität. **Die Sozialdemokratie kann und muss zur Vorreiterin der gerechten sozial-ökologischen Transformation werden.** Damit würde sie nicht nur die **Partei** eines neuen Verständnisses von Fortschritt, sondern auch **eines neuen Reformpfads, der national, europäisch und global von der Solidarität mit kommenden Generationen geprägt ist.**

Unser Verhalten gegenüber der Umwelt ist gekennzeichnet durch den eklatanten Widerspruch zwischen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und unzureichendem politischen Handeln. Ein wichtiger Grund für die darin erkennbare mangelhafte Solidarität liegt darin, dass die Umweltschädigungen heute zwar eine globale Dimension haben, aber die Folgen sich noch über eine längere Zeit regional, sozial und zeitlich höchst ungleich auswirken.

Die Schädigungen der Erderwärmung verteilen sich auf eklatant ungerechte Weise auf die verschiedenen Regionen und Gesellschaftsschichten. Zwar sind die Industriestaaten und die großen Schwellenländer die Hauptverursacher der Treibhausgase, aber durch die Trennung von örtlichen Emissionsquellen und globalen Folgen werden die größten Schäden überwiegend in den ärmsten Weltregionen angerichtet, die selbst nur wenig zum Klimawandel beitragen. Die Opfer wohnen oftmals in ökologisch sensiblen Zonen und verfügen nur über geringe finanzielle und technische Möglichkeiten für wirksame

Schutzmaßnahmen. Doch auf einem durch das Überschreiten der planetarischen Grenzen zunehmend unbewohnbaren Planeten, kann es auf Dauer keine grünen Oasen der Sicherheit und des Wohlstands geben. Notwendig ist von daher eine soziale und ökologische Weltinnenpolitik auf solidarischer Grundlage.

Weil Klimaschutz massive Anpassungen erfordert und bereits schwerwiegende Fakten geschaffen wurden, **geht es gegenwärtig fast nur noch um den Umgang mit den Folgen des Klimawandels.** Zu den dafür notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen sind aber viele Staaten gar nicht in der Lage. Für arme Inselstaaten wie Indonesien, tiefliegende Küstenregionen wie Bangladesch oder Wüstenzonen nördlich des Äquators in Afrika, ist überdies eine Anpassung schon aus geographischen Gründen kaum möglich. Die Erderwärmung verschärft daher die Ungleichheiten auf der Welt.

Der Klimawandel verschlechtert die Lebenschancen vor allem künftiger Generationen. Große Teile der heute lebenden Menschen werden die vollen Auswirkungen ihres Handelns nicht zu spüren bekommen. Diese Zeitverzögerung verlangt vor allem ein neues Verständnis von Solidarität, das die eigenen aktuellen Interessen zu überschreiten vermag. Allerdings verläuft der Klimawandel nicht linear. In der Übergangszeit nehmen vor allem Wetterextreme zu. Er kann durch großflächige Aufforstungsmaßnahmen oder technologische Manipulationen nur noch verlangsamt werden, aber insbesondere mit einem Geo-Engineering sind neue, unkalkulierbare Risiken verbunden.

Eine solidarische Weltklimapolitik muss infolgedessen von folgenden Erkenntnissen ausgehen:

Die Beachtung der planetaren Grenzen und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks sind zu einem **kategorischen Imperativ** geworden, national, europäisch und global. Dessen Befolgung wird nur möglich, wenn die **Chancen und Lasten im Transformationsprozess durch eine solidarische Politik gerecht verteilt werden.** Der Umbau scheitert nicht an unserem Wissen oder an fehlenden technologischen und ökonomischen Möglichkeiten, sondern an Pfadabhängigkeit, wirtschaftlichen Interessen und harten Machtfragen. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert ein neues Verständnis von Fortschritt: ein

Ende der Politik der Kurzfristigkeit und den Vorrang des öffentlichen Wohls vor individuellem Reichtum.

Dabei wird die Sozialdemokratie ihrem Grundwert der Solidarität nur gerecht, wenn sie beim notwendigen ökologischen Umbau gerade auch für diejenigen – vornehmlich partizipatorische – Strategien vorbereitet und überzeugend praktiziert, die bei konkreten Strukturveränderungen zunächst verlieren. Für sie müssen Perspektiven eröffnet werden, die aus Verlusten Chancen machen, die die „Verlierer“ sich selbstständig aneignen können, um sich damit zu identifizieren.

Die künftige Entwicklung muss auf erneuerbaren Technologien und geschlossenen Stoffkreisläufen aufbauen und durch eine Effizienzrevolution in der Nutzung von Energie und Rohstoffen und von Suffizienz im Konsumverhalten gekennzeichnet sein. Wir plädieren für einen ökologischen New Deal (Investitionsprogramm für Arbeit und Umwelt) und den Aufbau einer modernen Infrastruktur des Vermeidens. Gefordert ist die **konsequente Verbindung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit**. Wir streiten für Konzepte, die den Herausforderungen von Klimawandel, Energie-, Verkehrs- und Agrarwende, Bekämpfung der Armut und Ungleichheit mit einer ganzheitlichen Vision des menschlichen Fortschritts durch eine solidarische Politik begegnen.

Heute werden die ärmsten Weltregionen zu Opfern des Klimawandels. Wir alle sitzen eben nicht „in einem Boot“, denn die Schäden des Klimawandels sind höchst ungerecht verteilt. Dennoch betreffen viele seiner Folgen wie Migration, Bürgerkriege und Gewalt uns alle. Wir wollen in Deutschland und in der EU eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der globalen 2030-Agenda der Vereinten Nationen einnehmen und soziale und ökologische Fragen von mehr Gerechtigkeit miteinander verbinden. Die Europäische Union muss zu einer Union der Nachhaltigkeit werden. Gegen ihre aktuelle Delegitimierung und Spaltung kann der EU ein gemeinsames Projekt helfen, das ihr Identität und Ziel verleiht. Das sollte ein auch ökologisch solidarisches Europa sein, eingebettet in globale Solidarität für die unsere Union sich zugleich engagieren muss.

6. Die Globale Solidarität

In der Tradition der SPD umfasste die internationale Dimension der Solidarität immer Friedensstiftung, Zusammenarbeit und Abrüstung. Dieses Thema hat in unserer Zeit eines drohenden neuen Wettrüstens nichts an seiner Bedeutung eingebüßt. Es bedarf aber einer gesonderten Erörterung.

Für Sozialdemokraten prägt **Solidarität** jedenfalls nicht nur das Verhalten im persönlichen Umfeld, sie gilt **„dem ganzen Menschengeschlecht“**, **den kommenden Generationen wie allen Menschen auf allen Kontinenten**. Das freiwillige Einstehen füreinander ist die Grundvoraussetzung für den Zusammenhalt jeder Gesellschaft, auch der Weltgesellschaft, unabhängig vom eigenen Nutzenkalkül, aber getragen von der Überzeugung, dass wir alle immer wieder der Unterstützung und Hilfe bedürfen.

Sowohl lokal, als auch national und global drückt sich heute **Solidarität** in der **Verankerung und praktischen Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit** aus. Globale Solidarität ist also ein entscheidender Beitrag dazu, dass alle Regionen der Welt und die zukünftigen Generationen die Chance erhalten, ihre Bedürfnisse menschenwürdig zu befriedigen. Die Nachhaltigkeitsziele der UN und die Agenda 2030 sind deshalb der Ausdruck politisch verankerter Solidarität. Dies gilt, wie gezeigt, für die Verpflichtung zur Erhaltung von Natur und Umwelt, also zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, zur Einhaltung der ökologischen Imperative, bei der die wohlhabenden Staaten eine besondere Verantwortung tragen. Dies gilt besonders für die Verpflichtung, die in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Ungleichheiten zu bekämpfen und niemanden zurück zu lassen.

In Europa muss sich globale Solidarität vor allem in der Beziehung zu unserem Nachbarkontinent Afrika zeigen: konkret in einer veränderten Handelspolitik, die der zerstörerischen Praxis der Agrarexportpolitik entgegenwirkt, die afrikanischen Länder in ihrer eigenen Entwicklung stärkt und der Profit-Verschiebung (profit shifting) transnationaler Unternehmen aus Afrika ein Ende setzt. Globale Solidarität bedeutet im Sinne der Nachhaltigkeitsziele, nachhaltiges Wachstum zu fördern, d.h. sicherzustellen, dass dieses den Rahmen der planetarischen Grenzen nicht überschreitet. Reichere und aufstrebende

Länder müssen hier ihre Verantwortung übernehmen. Gemeinsam müssen alle sicherstellen, dass die globalen öffentlichen Güter finanziert werden können.

Globale Solidarität verlangt überdies, dass die Arbeit unabhängiger Gewerkschaften unterstützt wird, die für den Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der ökonomischen Globalisierung unverzichtbar sind. Deren Zurückdrängung hat in den letzten Jahrzehnten erheblich zur Verstärkung der Kluft zwischen Arm und Reich beigetragen. Es ist ein Gebot der globalen Solidarität, dass gute Arbeit (decent work) überall auf der Welt gesichert und soziale und ökologische Standards in den globalen Produktionsketten verankert werden.

Damit Globale Solidarität effektiv in einer internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Nachhaltigkeit ihren Ausdruck findet, schlagen wir einen UN-Nachhaltigkeitsrat vor, dem Vertreter aller Regionen angehören und der ohne Vetorecht einzelner Staaten dazu beiträgt, Kohärenz mit den Nachhaltigkeitszielen zu erreichen.

Besonders dringend ist globale Solidarität innerhalb der Nachhaltigkeitsziele in einem Bereich, in dem Abwehr, Hass und Diffamierung in der öffentlichen Debatte vorzuherrschen drohen: bei der **Frage der Migration und der Situation von Flüchtlingen**. Flüchtlinge sind keine freiwilligen Migranten, sondern verlassen unfreiwillig ihre Heimat. Sie können zu Migranten werden. In Zeiten der Globalisierung sind Migration und die zunehmende Mobilität von Menschen eine Tatsache, die durch keinen Zaun verhindert werden kann. Es geht vielmehr, wie der neue Global Compact der UN zu Migration zu Recht fordert, um die sichere und geordnete Regulierung von Migration. Dabei müssen die strukturellen Ursachen verringert werden, die Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Wir brauchen legale Wege für Flucht und Migration, die Verpflichtung zu einem respektvollen öffentlichen Diskurs ebenso wie Möglichkeiten, dass Menschen bei der Rückkehr in ihr Heimatland soziale Unterstützungen, die sie erworben haben, mitnehmen können. Das Prinzip der Solidarität muss endlich auch in der europäischen Flüchtlingspolitik zum Ausdruck kommen.

Bei der dezentralen Aufnahme von Flüchtlingen in Europa setzen wir auf das Prinzip der Freiwilligkeit in Zusammenarbeit mit den Kommunen:

„Verstärkte Zusammenarbeit“ der Staaten, die das Recht auf Asyl verteidigen, dezentrale Aufnahme anerkannter Flüchtlinge, rechtskonforme Beschleunigung von Asylverfahren, Schaffung eines Fonds, aus dem die Kommunen die Integrationskosten erhalten, ebenso wie den gleichen Betrag für ihre eigene kommunale Entwicklung. Integration und Entwicklung gehören zusammen und bieten gute Chancen für zusätzliche Bürgerpartizipation. So kann die Integration von Flüchtlingen von einer „Last“ zu einer Chance der kommunalen Entwicklung werden.

Eine deutlichere Unterscheidung ist notwendig zwischen der Sicherung des Grundrechtes auf Asyl sowie der Anerkennung von Kriegsflüchtlingen einerseits und der geplanten Zuwanderung andererseits; entweder in Form temporärer Migration oder in der Form eines Einwanderungsgesetzes in Deutschland und in der Europäischen Union.

7. Die Europäische Dimension von Solidarität

In der öffentlichen Diskussion wird der EU immer wieder vorgeworfen, wegen der Priorität des gemeinsamen Marktes prinzipiell unsozial zu wirken. Dafür gibt es bedenkenswerte Argumente. Allerdings ist umstritten, ob dies eine systematische Notwendigkeit ist, oder ob es sich um die Folge einer unsolidarischen Politik vor allem der Nationalstaaten handelt. Für ein solidarisches Europa braucht es jedenfalls einen Politikwechsel und Reformen. Wir halten beide für nötig und möglich. Sie liegen im Übrigen im deutschen wie im europäischen Interesse.

Institutionen der Solidargemeinschaft und soziale Grundgüter können und sollen in einem zusammenwachsenden Europa nicht mehr allein national gedacht und realisiert werden. Wenn die EU angesichts der Spannungen in ihren Gesellschaften nicht auseinanderbrechen soll, müssen wir an die Wurzel der gegenwärtigen, durchaus existenzbedrohenden Krisen gehen: **den Mangel an gesamteuropäischer Solidarität auf der Ebene der nationalen Regierungen**, z.T. auch der nationalen Parlamente. Sie zeigen sich bisher besonders dramatisch in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Aber auch die einseitige Konzentration auf den offenen gemeinsamen Markt zum Nachteil von sozialer Sicherung und Daseinsvorsorge, zehrt am sozialen Zusammenhalt in der EU. Hier gibt es

Reformbedarf. Zu den **Herausforderungen** für bürgernahe soziale Grundgüter und Daseinsvorsorge, zählen z.B. **europaweite Ausschreibungen, die bürgernahen Wirtschaftsinitiativen im Wege stehen können**, und der sich erhöhende Druck der noch immer marktradikal orientierten aktuellen Europäischen Kommission, öffentliche Leistungen zu privatisieren. Auch mit der Erschließung des Binnenmarktes für den Dienstleistungsbereich war und ist die Daseinsvorsorge z.B. einem verstärkten europäischen Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck ausgesetzt. Dabei haben die vergangenen Jahrzehnte bewiesen, dass Privatisierungen häufig verfehlt waren, weil sie keineswegs zur ökonomischen Effizienz beigetragen, sondern sozialen Ausgleich und nachhaltige Infrastruktur- und Daseinsvorsorge unterminiert haben. Nicht selten wurden sie während der letzten Jahre vor Ort - etwa bei der Wasserversorgung - wieder rückgängig gemacht. Europa muss, trotz der prinzipiellen Zuständigkeit der Nationalstaaten für die soziale Sicherheit, im Alltag für die Menschen und ihr persönliches Umfeld eine Perspektive von Schutz und Verlässlichkeit bieten. Hier muss eine Reform zugunsten von Solidarität und Bürgernähe ansetzen.

Daseinsvorsorge ist sachlich nicht ein für alle Mal definiert. Je nach den gesellschaftlichen Bedarfen wandelt sich deren Verständnis. Erfasst sind Leistungen, die für das gesellschaftliche Leben auch jenseits funktionierender Märkte unverzichtbar sind. Vieles davon wird auch in Zukunft nicht auf europäischer, sondern vor allem auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. **Aber komplementär dazu kann die EU zur Garantin und Förderin kommunaler Initiativen werden, vor allem durch Ausweitung direkter finanzieller Unterstützung und eine drastische zugleich transparente Vereinfachung der Beantragung von Fördergeldern, so dass auch kleinere Kommunen davon profitieren können.**

Daseinsvorsorge muss ein europäisches Ziel werden. Die Europäische Union muss es aktiv fördern, wenn Kommunen für bezahlbaren Wohnraum sorgen, wenn Kommunen und kommunale Verbände die Wasserversorgung leisten, wenn sie Schwimmbäder unterhalten und wenn sie Krippen- und Kitaplätze mit qualifizierten Beschäftigten sowie Seniorenheime unabhängig von ihrer Wirtschaftlichkeit einrichten. Das sollte auch im nächsten mittelfristigen Finanzplan seinen Niederschlag finden.

Die Förderung und Stärkung von Daseinsvorsorge durch merkbare Unterstützung der Kommunen sollte als Selbstverständnis und neues Identitätsmerkmal der Europäischen Union entwickelt werden. So kann eine neue Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger Europas mit der Europäischen Union und eine neue europäische Identität geschaffen werden, die für ein stabiles Europa mit sozialem Zusammenhalt steht.

Zugleich bedarf es mit Blick auf globalisierte Märkte und die europäische Währungsunion, einer **Europäisierung der solidarischen Marktwirtschaft durch eine europäische Koordination der nationalen Finanz-, Geld-, und Lohnpolitiken**. Ein möglicher Anknüpfungspunkt ist der makroökonomische Dialog auf europäischer Ebene. Auch hier geht es um wirkliche Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an gesamtwirtschaftlicher Steuerung.

Darüber hinaus braucht eine solidarische Marktwirtschaft in der EU perspektivisch besser regulierte Finanzmärkte, ein gemeinsames Schuldenmanagement und eine Koordination der nationalen Sozial- und Lohnpolitiken. Solidarität sollte auch in der Primärverteilung einer solidarischen Marktwirtschaft in ganz Europa zunehmend wirksam werden.

Um zu mehr Solidarität in Europa zu gelangen, um die Arbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und die nationalistischen Fliehkräfte zu überwinden, die jedenfalls auch aus den massiv angewachsenen sozialen Diskrepanzen gefolgt sind, sollte die EU mit Hilfe eines europäischen Investitionsprogramms ihre eigene Zukunft endlich positiver gestalten. Gefragt wäre deshalb eine Reform der europäischen Fiskalregeln, um künftig neben der Schuldentragfähigkeit auch ein angemessenes Niveau öffentlicher Investitionen und ein ausreichendes Niveau sozialer Absicherung durch das öffentliche Gemeinwesen sicherzustellen. Zusätzlich sollte es künftig Zielindikatoren u.a. für ein hohes Beschäftigungsniveau, gute Arbeit, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Investitionen in nachhaltige, gemeinwohlorientierte Innovationsprojekte geben.

Eine europäische Wirtschaftsregierung könnte künftig durch eigene Mittel das Niveau öffentlicher Investitionen stärken und nationale Staatshaushalte in Krisensituationen unterstützen, um die Bereitstellung von Sozialleistungen zu sichern. Im Rahmen einer europäischen Sozialunion sollten künftig

Fehlentwicklungen bei Löhnen und Einkommen verhindert werden. Zu diesem Zweck sollten die nationalen Tarifsysteme gestärkt und europäische Regeln für nationale Mindestlöhne entwickelt werden. Auf dieser Grundlage könnte eine europäische Koordinierung der nationalen Lohnpolitiken angestrebt werden.

8. Die solidarische Marktwirtschaft

Ein solidarisches Wirtschaftssystem setzt eine **Demokratisierung der Arbeitswelt** voraus. Die Arbeitsbeziehungen sind im modernen Kapitalismus geprägt durch ungleiche Machtverhältnisse. Die Macht der Arbeitgeber leitet sich aus dem Recht auf Eigentum oder aus der Exekutivgewalt der öffentlichen Hand ab. Mitbestimmung und Mitwirkung, Schutz- und Gestaltungsrechte der abhängig Beschäftigten waren und sind immer wieder umkämpft. Eine demokratische Arbeitswelt erfordert einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte. Zudem muss die Mitbestimmung für alle Unternehmen und Einrichtungen gelten.

Solidarisches Wirtschaften beginnt in der Arbeitswelt, geht aber weit über diese hinaus. In einer komplexen arbeitsteiligen Volkswirtschaft reicht es nicht aus, wenn die Demokratie die Betriebe erreicht. **Einzel- und gesamtwirtschaftliche Interessen fallen häufig auseinander. Deswegen müssen die betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidungen aufeinander abgestimmt werden.** Diese notwendige Koordination muss so weit wie möglich demokratisch gestaltet werden und darf nicht allein den anonymen Kräften des Marktes überlassen bleiben. Markt und Staat sind keine Gegensätze. **Der real existierende Kapitalismus ist eine Mischwirtschaft, die durch eine große Bandbreite von Eigentumsformen und ein umfangreiches staatliches Regelwerk** gekennzeichnet ist. In vielen Wirtschaftsbereichen gibt es in unterschiedlicher Ausprägung sowohl Privateigentum, Markt und Wettbewerb, als auch staatliches Regeln, Planen und Entwickeln. In besonderer Weise trifft dies auf die Bereiche Energieversorgung, Transportwesen, Medien, Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnik und Wohnungsbau zu. Hier greift der demokratische Staat in besonderer Weise über Gesetze und Verträge in das Marktgeschehen ein.

Die Verfügung und Aneignung von Privateigentum wird im Kapitalismus schon heute vielfach eingeschränkt, um der gesamtgesellschaftlichen Solidarität und Verantwortung gerecht zu werden. Dies geschieht in unterschiedlichen **Regulierungsformen**. Beschäftigte und ihre Gewerkschaften gestalten durch betriebliche und Unternehmensmitbestimmung die Unternehmenspolitik mit. Staatliche und überstaatliche Rahmenseetzungen – Auflagen, Genehmigungsverfahren, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Kartellrecht – greifen in die Entscheidungsbefugnisse der Geschäftsführungen ein. Die Aneignung der Erträge aus Privateigentum wird durch Tarifverträge, Steuern und Abgaben beeinflusst. Hinzu kommt, dass neben dem dominanten Privateigentum auch ein ökonomisch gewichtiger Sektor öffentlichen Eigentums existiert.

In den letzten drei Jahrzehnten der Vorherrschaft marktradikaler Ideologien wurde die Mischwirtschaft durch eine Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung jedoch immer stärker auf die Bedürfnisse privater Kapitaleigner zugeschnitten. Deshalb stellt sich heute mehr denn je die Frage nach einer demokratischen und solidarischen Neuordnung des Wirtschaftens. Hierfür ist es wichtig, die Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und Grenzen der unterschiedlichen Eigentumsformen, von Märkten, Wettbewerb und demokratischer politischer Steuerung auszuloten.

Privateigentum und Markt können schöpferisch wirken, ein funktionierender Preismechanismus kann ein effizientes, dezentrales Informations- und Steuerungssystem sein. Die Funktionsfähigkeit des Marktsystems wird aber in der Praxis immer wieder durch Marktversagen eingeschränkt. Es ist Aufgabe des Staates dieses Marktversagen ordnungspolitisch einzudämmen, etwa zu verhindern, dass Unternehmen die Umwelt verschmutzen, weil es für sie kostenlos ist. Ordnungspolitik allein reicht aber nicht aus, um ein solidarisches Wirtschaften zu ermöglichen. Ein scharfes Kartellrecht, ein starker Verbraucherschutz oder eine ökologische Steuerpolitik sind nicht hinreichend, um den Märkten gesellschaftspolitische Ziele zu setzen. **Wer gesellschaftlich notwendige Entwicklungen zugunsten von Solidarität und Gemeinwohl vorantreiben will, braucht häufig einen handelnden Staat, der eigenständig forscht, entwickelt und investiert.**

Öffentliches Eigentum und Genossenschaften: Wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum nicht oder nur mangelhaft ihren Wohlfahrtszweck erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Das Prinzip der Solidarität gebietet es, dass öffentliche Güter für jeden zugänglich sind, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. **Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors.** Öffentliche Unternehmen sind ein Instrument des Gemeinwesens, um den politisch formulierten Gemeinwohlauftrag zu erfüllen.

Auch die natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien, deren Dienstleistungen ausschließlich auf der Grundlage diverser öffentlicher Infrastrukturen geleistet und erbracht werden können (Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Zudem können **staatliche Unternehmensbeteiligungen** die einzelwirtschaftliche Verwertungslogik um dienstleistungs- und industriepolitische Ziele zugunsten des Gemeinwohls erweitern.

Neben dem Markt- gibt es aber auch Staatsversagen. Öffentliches Eigentum allein ist keine Garantie dafür, dass die Unternehmenspolitik auch am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet wird. Entscheidend sind demnach nicht allein die formellen Eigentumsverhältnisse, sondern vor allem die realen Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten. **Solidarisches Wirtschaften zeichnet sich folglich durch eine demokratische und effiziente Steuerung, Transparenz und Kontrolle öffentlichen Eigentums aus.**

In der digitalen Gesellschaft erhält die Frage nach dem Eigentum an Daten eine herausragende Bedeutung. Die bisherige Regelung des Eigentums an Daten schafft keine klaren Verhältnisse zwischen den Beteiligten. Sie vergrößert nur noch weiter die Macht großer Unternehmen. Die Schaffung eines neuen Datenprekariats durch den Verlust an Verfügungsgewalt über Informationen, die das eigene Leben betreffen, vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Solidarität bedeutet auch im Umgang mit Daten Fairness und gegenseitige Achtung der Kommunikationspartner.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Probleme privatwirtschaftlicher Unternehmen erfährt das Genossenschaftsmodell neue Bedeutung. Im

Vordergrund steht, dass Genossenschaften zum Wohl ihrer Mitglieder handeln müssen. Auch Genossenschaften erwirtschaften Gewinne. Doch wie sie entstehen und verwendet werden und an wen sie fließen, unterscheidet Genossenschaften von vielen anderen Unternehmen. Durch Genossenschaftsgründungen entsteht ein Experimentierfeld, um neue Verfahren solidarischen Wirtschaftens jenseits der Renditemaximierung auszuprobieren und zu praktizieren. Dazu gehört seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auch die „Gemeinwohlökonomie“, die für die Erfolgsmessung von Unternehmen Kriterien des Gemeinwohls vorgeschlagen und eingeführt hat und auch auf der europäischen Ebene schon diskutiert wird. Ob und wie weit sie sich durchzusetzen vermag, wird die Zukunft zeigen.

Sozialstaatliche Regulierung: Ein zentrales Feld sozialstaatlicher solidarischer Regulierung ist der Arbeitsmarkt. Dabei geht es immer auch um Machtfragen. Sozialstaatliche Regulierung muss deshalb dafür sorgen, dass Beschäftigte und ihre Gewerkschaften auf Augenhöhe mit den Kapitaleignern verhandeln können. Dafür braucht es den Schutz der Beschäftigten durch eine umfassende Regulierung des Arbeitsmarktes, über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, die Durchsetzung des **Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“**, **eine erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen aber auch Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregulierungen.** Aufgabe des Staates ist es aber auch, dem Erwerbsarbeitszwang von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weit unter und jenseits ihrer Ausbildung und Kompetenzen arbeitsmarkt- und sozialpolitisch entgegenzuwirken, indem ein hohes Arbeitslosengeld und eine existenzsichernde Grundsicherung gezahlt sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben wird.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung entscheidet maßgeblich über die Lebens- und Entwicklungschancen der Bevölkerung. Der moderne Kapitalismus ist geprägt durch große wirtschaftliche Schwankungen (Krisen) und eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Mit Hilfe makroökonomischer Politik (Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik) können wirtschaftliche Einbrüche besser abgefedert und schneller überwunden werden. Die gesamtwirtschaftliche Steuerung ist zentraler Bestandteil jeder Konzeption eines solidarischen Wirtschaftssystems. Entscheidend dafür ist die repräsentativ

demokratische Beteiligung der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen an der Formulierung der Wirtschaftspolitik. Dies gilt sowohl für die nationale als auch für die europäische und internationale Ebene.

Die deutsche Volkswirtschaft konnte die große Finanzmarktkrise nicht zuletzt wegen der praktizierten Sozialpartnerschaft und Wirtschaftsdemokratie relativ erfolgreich bewältigen. Die Ursachen der Krise sind jedoch noch immer wirkungsmächtig. Finanzinstitute, die sehr groß, sehr komplex oder stark vernetzt sind, bedrohen Wirtschaft und Demokratie. Wenn diese so genannten systemrelevanten Banken Pleite gehen, können sie ganze Volkswirtschaften in den Abgrund ziehen. Deswegen können sie demokratische Politik erpressen. Hier wird die von marktliberaler Seite immer geforderte Verbindung von Entscheidung und Verantwortung dann durchbrochen. Folglich müssen Banken zugunsten von Solidarität mit der Gesellschaft und gegen parasitäres Verhalten strikt reguliert und beaufsichtigt werden.

9. Die Institution der Solidargemeinschaft

Eine solche Wende gelingt umso eher, je schneller die in den letzten Jahrzehnten deutlich stärker gewordenen Ungleichheiten und die damit einhergehenden massiven sozialen Verunsicherungen in der Gesellschaft überwunden werden. Der Kernbestand institutionalisierter Solidarität der Sozialdemokratie, der Sozialstaat, muss angemessen umgestaltet werden. Ein wesentliches Merkmal dabei wird die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger sein, damit Solidarität lebbar und erlebbar und nicht einfach an einen fernen Wohlfahrtsstaat delegiert wird. Solidarische Praxis muss Teilhabe, Inklusion und Gemeinwohl miteinander vermitteln.

Allerdings wird seit einiger Zeit als **Alternative zum sozialdemokratischen Verständnis institutionalisierter Solidarität im Sozialstaat** - zum dritten Mal seit den achtziger Jahren - ein „**Bedingungsloses Grundeinkommen**“ wieder lebhaft öffentlich diskutiert. Es ist systematisch von einer existenzsichernden Grundsicherung zu unterscheiden, die es auch im Sozialstaat geben muss. Bereits vor zehn Jahren hat sich die Grundwertekommission unter ihrem Vorsitzenden

Wolfgang Thierse gründlich damit beschäftigt. Das dazu vorliegende Papier bleibt aktuell und zeigt, wie sorgfältig man die verschiedenen Implikationen dieses unklaren Begriffes auch vor dem Hintergrund der historischen und zeitgenössisch empirischen Erfahrungen prüfen muss, um zu einem seriösen Urteil zu gelangen. Es reicht nicht, populäre Catch-Words in die Debatte zu werfen, um attraktiv unkonventionell, experimentierfreudig und innovativ aufzutreten. In ihrem damaligen Papier fasst die Grundwertekommission die Hoffnungen, die sich auf das Bedingungslose Grundeinkommen richten, wie folgt zusammen:

„Die Idee eines Bedingungslosen Grundeinkommens geht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Der wichtigste weltanschauliche Hintergrund war damals der des Anarchismus und des utopischen Sozialismus. In den 1960er Jahren nahm sich in den USA Milton Friedmann dieser Idee an und machte das Grundeinkommen zu einem Baustein wirtschaftsliberaler Sozialpolitik. In der Bundesrepublik wurde zwei Jahrzehnte später diese Idee in öko-sozialen und libertären Kreisen aufgegriffen. Das Grundeinkommen wurde dabei als Antwort auf das vermeintliche Ende der Arbeitsgesellschaft konzipiert.

Nachdem die Debatte in den 1990er Jahre versandet ist, wird das Bedingungslose Grundeinkommen gegenwärtig [2008] erneut forciert. Dabei reizt die einen Akteure die Idee, man könne mittels eines Bedingungslosen Grundeinkommens die sozialstaatlichen Institutionen überflüssig machen und die Staatstätigkeit auf ein Minimum beschränken. Die anderen treibt der Gedanke an die Befreiung vom Zwang zur Arbeit. Attraktiv macht die Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens für beide Seiten, dass sich sozialstaatliche Bürokratien drastisch reduzieren und die Abhängigkeit der Menschen von sozialstaatlichen Entscheidungen und Auflagen beseitigen ließen. Das Versprechen, damit die unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme durch ein einfaches und vermeintlich gerechtes Modell ersetzen zu können, hat dem Thema zu einer hohen politischen Relevanz verholfen.“³

³ Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand: Bedingungsloses Grundeinkommen? Geld allein genügt nicht! Sozialstaatliche Verantwortung für gesellschaftliche Inklusion, 2008, S.1

Das damalige, nach wie vor aktuelle Papier kommt freilich zu folgendem Schluss:

„Grundsätzlich überschätzen die Befürworter die Inklusionswirkung von Geld: Über ausreichend Geld verfügen zu können, ist keineswegs für alle Menschen hinreichende Bedingung dafür, mit gleichen Freiheits- und Beteiligungsrechten zur Gesellschaft und in »Augenhöhe« mit allen anderen dazuzugehören. Selbst für viele der von Armut Betroffenen ist Geld nicht allein der Schlüssel zur gesellschaftlichen Inklusion – und vielfach noch nicht einmal die Lösung ihrer Armutsprobleme. So wie sie die Inklusionswirkung des Geldes überschätzen, so unterschätzen sie im Gegenzug erstens die Inklusionsbedeutung von Erwerbsarbeit und zweitens den Bedarf an sozialen Diensten, um den von Ausgrenzung Betroffenen und Bedrohten eine volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu eröffnen.

Die für alle notwendige Grundsicherung wird zurzeit nicht ausreichend geleistet – und muss folglich verbessert werden. Dafür sollte nach Einschätzung der Grundwertekommission aber nicht der Weg eines Bedingungslosen Grundeinkommens, gleichgültig nach welcher Spielart, gewählt werden. Um allen Bürgerinnen und Bürgern vergleichbare Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten, sollte nicht einfach ein Instrument für alle gleichermaßen geschaffen werden. Vielmehr sollten für unterschiedliche Verwerfungen und Problemlagen angemessene, deshalb unterschiedliche Instrumente der Grundsicherung bereitgestellt und überdies mit der Ermöglichung von Erwerbsarbeit sowie einem verbesserten Angebot von sozialer Infrastruktur kombiniert werden.“⁴

Das sozialdemokratische Verständnis von institutionalisierter Solidarität im Sozialstaat plädiert also aus erfahrungsgesättigter Kompetenz nicht für ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern für eine erhebliche Verbesserung und bürgernahe Ausrichtung der sozialen Infrastruktur. Hier müssen wir entschieden nachbessern. Es gibt allerdings auch Erfahrungen, dass ein Bürokratieabbau zu Sozialabbau führen kann. Nicht die - ruhigstellende und

⁴ ebd. S. 11

schematisch-einheitliche – finanzielle Grundausstattung der Individuen, sondern eine nach dem marktradikalen Abbau wieder gestärkte und kompetentere öffentliche Verwaltung, die professionell auf die verschiedenen Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger einzugehen vermag, soll zu einer solidarischen, inklusiven und partnerschaftlichen Gesellschaft verhelfen.

Im Kern muss ein moderner Sozialstaat auch auf individuelle Lebenslagen eingehen, um zu fördern. Pauschalierende Transferangebote, die zudem mit der Aussicht auf geringe bürokratische Belastungen angeboten werden, mögen auf den ersten Blick attraktiv sein. Auf den zweiten Blick zeigt sich häufig, dass sie weniger konkrete und individuell passgenaue Hilfe bieten und vielfach eine Reduktion sozialer Unterstützungsleistungen nach sich ziehen. Das wollen wir nicht! Gleichwohl ist auch für uns der Abbau oder zumindest der passende Einsatz administrativer Strukturen und Kosten eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen, um einen niedrigschwelligen Bezug sozialer Leistungen, die auf individuell risikoreiche Lebenslagen zugeschnitten sind, zu ermöglichen.

Im Kontext der aktuellen Diskussionen über die möglichen Auswirkungen der Digitalisierung gilt es überdies darauf hinzuweisen, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen auch nicht das grundlegende Problem sich weiter vertiefender sozioökonomischer Ungleichheiten beheben würde. Es bestünde vielmehr die Gefahr, dass ein neues Prekariat auf der Grundlage des Grundeinkommens entstehen würde.

Prinzipiell gilt deshalb weiter: Solidarität bezeichnet nicht nur einen Wert oder eine Haltung. Sozialdemokratische Politik hat auch **handlungsfähige solidarische Organisationen und Institutionen** geschaffen, die gleiche Lebenschancen vermitteln und Gerechtigkeit befördern sollen.

Um nicht in jeder Situation neu über Verteilungs- oder Versorgungsfragen zu streiten, um - auch für die Wirtschaft - Planungssicherheit zu haben und Abhängigkeit von stets veränderten Kräfteverhältnissen zu vermeiden, haben die tragenden Akteure unseres Sozialstaates Rechte und Leistungen für alle transparent und demokratisch institutionalisiert. Deshalb gibt es, **institutionell verankert, soziale Sicherheit durch Rechtsansprüche, Tarifverträge sowie durch das System der Sozialversicherungen.**

Wichtige organisierte Akteure sind – neben dem Staat – **die Gewerkschaften**, die zwischen verschiedenen **Gruppen kollektives Handeln im Sinne eines solidarischen Ausgleichsprozesses** ermöglichen: Zwischen Männern und Frauen, zwischen Gering- und Hochqualifizierten, zwischen alten und jungen Beschäftigten. Gewerkschaften verstehen sich als Solidargemeinschaften, die innergewerkschaftlich dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe verpflichtet sind und auf dem Arbeitsmarkt kollektive Verabredungen anstreben, die allen zugutekommen sollen.

Während die Industrie- und Einheitsgewerkschaften dem Prinzip der einheitlichen Interessenvertretung folgen und damit eine inklusive Solidarität praktizieren, verfolgen die neu hervorgetretenden Sparten- und Berufsgewerkschaften dem ichbezogenen, neoliberalen Geist der Zeit entsprechend das Prinzip der exklusiven, nur der eigenen Gruppe verpflichteten Solidarität. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften vertreten alle Beschäftigten einer Branche und eines Betriebes durch einen Tarifvertrag; die Sparten- und Berufsgewerkschaften vertreten nur einzelne, gut organisierte und schlagkräftige Berufsgruppen.

Das Prinzip der **institutionellen und inklusiven Solidarität** wird in der Einkommens- und Verteilungspolitik in starkem Maße durch das **Institut des Flächentarifvertrages** verkörpert. Denn durch diese Form der institutionellen Verabredungen werden alle Beschäftigten einer Branche gleichermaßen am wirtschaftlichen Wachstum beteiligt, unabhängig von ihrer Platzierung in einem kleinen oder großen Betrieb, einer geringen oder hohen Qualifikation.

Durch zurückgehende Organisationsgrade in den Gewerkschaften und den zunehmenden **Rückzug immer größerer Arbeitgeberkreise aus der Tarifbindung**, ist dieses Instrument institutioneller Solidarität in den letzten drei Jahrzehnten deutlich geschwächt worden. Das Ergebnis dieser Schwächung ist eine zunehmende Bedeutung von starken Marktkräften, die sich in **erhöhter Lohnspreizung** und starken Lohneinbußen der unteren Einkommensgruppen ausdrücken. Das hat eine wachsende Bedeutung des Staates in der Einkommenspolitik erforderlich gemacht, die in dem 2015 eingeführten Mindestlohn ihren deutlichsten Ausdruck fand.

Neben den kollektiven Arbeitsbeziehungen, die die **solidarische Primärverteilung** gestalten sollen, bilden die **Sozialversicherungen** und **das Steuersystem** das **zweite Standbein einer sekundären Solidarpolitik**, also einer Politik, die nachträglich Ungerechtigkeiten oder Mängel ausgleicht. Das Solidaritätsprinzip versteht sich mithin auch als das grundlegende Prinzip der Sozialversicherungen. Es bedeutet, dass Menschen nicht nur für sich allein verantwortlich, auch nicht allein auf sich angewiesen sind, sondern als Mitglieder einer Solidargemeinschaft in gegenseitiger Verantwortung leben.

Am stärksten ausgeprägt ist das **Solidaritätsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)**. Die Beitragshöhe orientiert sich bei ihr an dem individuellen Einkommen und nicht am persönlichen Krankheitsrisiko, am Alter, Geschlecht oder dem Gesundheitsstatus. Dementsprechend richtet sich auch der persönliche Leistungsanspruch nicht nach der Beitragshöhe, sondern orientiert sich an der individuellen Bedürftigkeit. So findet ein solidarischer Ausgleich statt, der erhebliche Umverteilungen zwischen den Versichertengruppen mit sich bringt. Hervorzuheben ist der Solidarausgleich zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Menschen mit höherem und niedrigerem Einkommen, zwischen Männern und Frauen, zwischen Mitgliedern mit einem niedrigen Erkrankungsrisiko und solchen mit einem höheren Erkrankungsrisiko. Darüber hinaus finden ein Familienlastenausgleich durch die beitragsfreie Familienversicherung sowie ein Generationsausgleich statt.

Im System der Krankenversicherung haben wir in Deutschland allerdings eine international selten anzutreffende Zweiteilung der solidarischen Absicherung in Gestalt einer gesetzlichen und einer privaten Krankenversicherung. Infolge der Bevorzugung privater Patienten bei Arztterminen, Behandlungsformen etc., sucht die Sozialdemokratie seit Jahren nach Wegen, wie diese Form einer unsolidarischen „Zweiklassenmedizin“ überwunden werden kann. Auch die Beitragsbemessungsgrenze in der GKV ist eine Verletzung des Solidarprinzips. Eine für alle gleichermaßen verbindliche **Bürgerversicherung** wäre ein Weg zu einem konsequent solidarischen Gesundheitssystem für alle Bürgerinnen und Bürger.

Ähnliche Überlegungen gibt es auch für die **Rentenversicherung**. Indem teilweise an die Stelle der Solidargemeinschaft der Markt tritt, sind in beiden Solidarsystemen bereits zunehmend Elemente der privaten individuellen Absicherung (Wahlleistungen, Leistungsausgrenzungen, Zuzahlungen etc.) anzutreffen. Der Strukturwandel des Arbeitsmarktes bewirkt die Zunahme der Selbständigen, die keinen klassischen Arbeitnehmerstatus besitzen. Es wäre im Sinne des Solidarprinzips sinnvoll, diese Gruppe besser in die Solidargemeinschaft zu integrieren. Bei der Rentenversicherung besteht also Reformbedarf. Dabei sollten auch die verschiedenen Vorschläge einer solidarischen Grundsicherung geprüft werden.

Das Solidarprinzip ist auch in den anderen Zweigen der Sozialversicherung in Deutschland wirksam. Die Solidargemeinschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die Gesunden – im Fall der Krankenversicherung – den Kranken helfen, in der Pflegeversicherung den Pflegebedürftigen, in der Rentenversicherung unterstützt die erwerbstätige Generation die ältere Bevölkerung (Generationenvertrag) und in der Arbeitslosenversicherung zahlen die aktiv Beschäftigten für die Arbeitslosen. Jedoch ist das Solidarprinzip nicht in jedem Fall so umfassend wie in der GKV, die durch eine einkommensunabhängige Solidarität gekennzeichnet ist, da z. B. sowohl die Leistungen der Renten- als auch der Arbeitslosenversicherung an die zuvor eingezahlten Beträge gekoppelt sind.

Die bisherigen solidarischen Sicherungssysteme müssen sich in Zukunft verändern, um ihre ursprünglich intendierten Solidarwirkungen unter veränderten Bedingungen erreichen zu können. Gegenwärtig wird ein immer größerer Teil der Menschen aus den solidarischen Sicherungssystemen ausgegrenzt. Sie verlieren institutionelle Sicherheiten. **Eine neue Solidarität ist erforderlich, um diesen Menschen wieder institutionelle Sicherheiten in aktualisierter Form zu garantieren.**

Ein Gradmesser für die solidarische Identifizierung mit unserem Gemeinwesen ist die Einstellung zu Steuern. Empirisch überwiegen im öffentlichen Diskurs Formulierungen wie „Steuerlast“, die Steuern eben nicht als solidarischen Beitrag zu den öffentlichen Aufgaben begreifen, sondern als störende Belastung. Dafür gibt es auch Gründe, die in einem als ungerecht und undurchsichtig

wahrgenommenen Steuersystem liegen. Eine der schwierigsten politischen und kulturellen Herausforderungen liegt darin, dieses negative Verständnis in ein positives zugunsten der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger umzuwandeln. Denn Solidarität und Sicherheit stützen sich gegenseitig. Beide stärken die Identifizierung mit dem Gemeinwesen.

10. Das soziale Grundgut Wohnen

Wohnen wird gerade zur neuen Sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit und Bildung sind Menschenrechte. Sie können nicht alleine dem Markt überlassen werden, soll eine Exklusion und Benachteiligung sozial Schwacher verhindert werden. In vielen Regionen, nicht nur unseres Landes, ist die Befriedigung des humanen Grundbedürfnisses auf Wohnen in besonderer Weise gefährdet. **Deshalb muss es, neben der kontinuierlichen Sicherstellung der sozialen Güter für die anderen Grundbedürfnisse, in absehbarer Zeit ein vorrangiges Ziel solidarischer Politik sein, preisgünstigen und lebenswerten Wohnraum auch denen zu ermöglichen, deren Einkommen dafür nicht ausreicht.** Die gegenwärtige Wohnungsnot in den Städten betrifft eine große Zahl von Menschen, vor allem junge Familien, Alleinerziehende und Studierende. Sie beeinträchtigen deren Lebenschancen massiv. Die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums kann deshalb in einer solidarischen Gesellschaft, wie sich gerade heute drastisch zeigt, nicht dem Markt überlassen bleiben.

In wichtigen historischen Umbruchphasen – wie nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg – konnten die Weichen für eine solidarische Wohnungspolitik gestellt werden. In Zeiten der neoliberalen Politik sind diese Errungenschaften zum großen Teil – in Wien z.B. ist das nicht geschehen – verspielt worden. Für Geringverdiener und kinderreiche Familien sind die steigenden Wohnkosten sogar ein akutes Armutsrisiko.

Eine nicht solidarische Bewirtschaftung des Grundgutes „Wohnen“ hat auch massive Auswirkungen auf die Vermögensverteilung in einer demokratischen Gesellschaft. Die Dominanz des Marktes in der Wohnungspolitik sowie ein zu spätes politisches Eingreifen, haben zu Unterversorgung (Ballungszentren und

sozial schwache Gruppen), Überversorgung (auf dem Lande und in strukturschwachen Regionen) und Fehlversorgung (Wohnen nur für Reiche, Wohnungen als Spekulationsobjekte) geführt. Fehlentwicklungen bestehen darin, dass sich die öffentliche Hand, Genossenschaften wie auch private Investoren aus der Produktion und Sicherung preiswerten Wohnraums zurückgezogen haben. In attraktiven Altbauquartieren kam es z.B. zu einer Gentrifizierung, die einkommensschwächere Gruppen aus ihren Wohnvierteln verdrängte.

So ist es zu einer Verengung der Debatte auf das mäßig erfolgreiche Abwehrinstrument der Mietpreisbremse gekommen. Dagegen sind andere Instrumente der Stadtentwicklungs- und Bestandspolitik oder planungs- und baurechtliche sowie wohnungspolitische Instrumente nur zögerlich entwickelt und genutzt worden.

Neben Fragen der Bezahlbarkeit des Wohnens, ergibt sich ein politischer Handlungsbedarf auch aus dem demografischen Wandel in Deutschland und der dauerhaften Migration. Bund, Länder und Kommunen müssen die Weichen für das Grundgut „Wohnen“ neu stellen. Während der Bund und die Länder die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen verbessern müssen, ist es die Aufgabe der Kommunen, die Instrumente der Stadtentwicklungs-, Bestandsentwicklungs- und Wohnungspolitik sinnvoll aufeinander abzustimmen, um auch in Zeiten ausgedünnter Personals und angespannter öffentlicher Haushalte handlungsfähig zu sein.

Von grundlegender Bedeutung ist dafür allerdings eine Reform des Bodenrechts, das Wertzuwächse steuerlich angemessen bewertet und dafür sorgt, dass die Regeln des Marktes nicht unbeschränkt für ein Gut gelten, das unvermehrbar und unverzichtbar ist. Hier, nämlich in der geradezu explosiven Steigerung der Baulandpreise, liegt die eigentliche Ursache der Mietpreisteigerung. Als Vorbild für Reformmaßnahmen kann die Stadt Wien gelten. Dort steigen die Mieten seit Jahrzehnten nur um die Inflationsprozentsätze. Und das, weil die Stadt Wien seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts ihren Grundstücksbestand kontinuierlich erweitert, viele von ihnen mit Mietwohnungen bebaut und eigene Grundstücke nur im Erbbaurecht mit entsprechenden Auflagen vergeben hat. Sie durchbricht auf diese Weise die Monopolansprüche privater Bodenbesitzer.

Neben solchen verbesserten Ansätzen für eine Vergabepolitik öffentlicher Grundstücke ist eine Politik für alternative Wohnformen wichtig. Länder und Kommunen müssten zudem ihre Wohnungsbaugesellschaften stärken oder – falls sie diese in den letzten Jahren verkauft haben – neue gründen. Denn klar ist: Der Immobilienmarkt wird nur dann wieder ins Lot geraten, wenn der Staat massiv interveniert und damit den Bau von bezahlbarem Wohnraum ankurbelt.

11. Die Herausforderung der Solidargemeinschaft durch die Digitalisierung

Digitalisierung und die dazu gehörige technologische Entwicklung fordern Solidarität und die Solidargemeinschaft in mehrfacher Weise heraus. In unserem Alltag betrifft das besonders die durch Unmengen von Daten mögliche Überwachung und kritische Messung (Scoring) der Bürgerinnen und Bürger mit erheblichen Auswirkungen auf ihre Chancen im Beruf, bei der Vergabe von Krediten oder von sozialen Chancen. So setzen z.B. solidarische Versicherungen voraus, dass die konkreten Risiken der Versicherten nicht bekannt sind.

Neu sind nicht die Auskunfteien oder Scoring-Systeme selbst. Das Kredit scoring - die Bewertung der Kreditwürdigkeit von Personen - in den USA beispielsweise geht auf das 19. Jahrhundert zurück. Neu sind die Dimension und die Möglichkeiten, die Technologie, konkret: Algorithmen und die Auswertungsmöglichkeiten großer Datenmengen (Big Data Analytics) daraus machen können. Verbraucherrelevante Entscheidungen durch sogenannte algorithmische Entscheidungsverfahren (ADM: "algorithmic decision making"), stehen zu recht in der öffentlichen Kritik, wenn Entscheidungen etwa über einen Arbeitsplatz oder Kredit, nicht von Menschen, sondern von Maschinen vorgeprägt oder gar eigenständig getroffen werden.

Das Kredit scoring betrifft heute längst nicht mehr nur Großkredite für ein Haus oder einen Pkw. Vom sog. Verbraucher- Scoring ist mittlerweile jeder betroffen. Der sog. Score-Wert trifft eine Aussage über die Eintrittswahrscheinlichkeit eines erwünschten oder unerwünschten Verhaltens, der aus dem bisherigen Verhalten, also der Vergangenheit, ermittelt wird. Die neueste Ausprägung: das in China konzipierte Social Scoring, das Informationen über die Bürger aus verschiedenen privaten wie öffentlichen Quellen zu einem Superscore verbindet. Die originäre

Frage des Kreditscorings, ob ein Kunde kreditwürdig ist, wird dabei zur Frage: Ist der Bürger sozial angepasst oder auffällig? Und um diese Frage zu beantworten, werten Techunternehmen exorbitante Mengen persönlicher Daten der Menschen aus, um den Konsumenten in ihrem Sinne „gut“ zu machen, schrieb Josh Lauer in „Creditworthy“. Diese Form der Prägung und Lenkung macht es den Bürgern immer schwerer, freie Entscheidungen zu treffen. Der beständige Drang nach Optimierung und Gewinnmaximierung befördert den Einsatz von Bewertungssystemen, die sich rapide in unkontrollierte und intransparente Instrumente der Massenüberwachung, der sozialen und Arbeitskontrolle bis hin zur Manipulation von Entscheidungen verwandeln.

Sollen Automation und künstliche Intelligenz künftig das Leben der Menschen erleichtern und Solidarität nicht zerstören, gilt es jetzt, die Kontrollfähigkeit der Systeme gesetzlich vorzuschreiben und sicherzustellen. Aber Transparenz als notwendige Bedingung für Prüffähigkeit reicht für sich genommen nicht für einen fairen und sozialverträglichen Einsatz solcher Systeme aus. Der Ausgleich der Machtasymmetrie zwischen den Organisatoren von Daten und den von der Anwendung betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfordert Vorgaben an die Ausgestaltung der Systeme, genauer an die zugrundeliegenden Algorithmen. Die Algorithmen spielen eine wesentliche Rolle für das Verständnis, wie in den demokratischen Gesellschaften diskriminiert, benachteiligt oder ungleichbehandelt und der Solidarität der Boden entzogen wird.

Kriterien für die Programmierung von Algorithmen können umgekehrt auch eine Chance bieten, das Leben der Menschen und ihre Umgebung zu verbessern. Dazu ist es aber notwendig, den Mut dazu haben, ihre Verwendung zu regulieren oder in bestimmten Fällen auch zu verbieten. Das Versprechen eines Vorteils, den der Tausch von Daten gegen die Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft vortäuscht, darf die Solidargemeinschaft nicht unterlaufen. Werden die millionenfach gesammelten Informationen dazu genutzt, Risiken wieder auf den einzelnen Menschen abzuwälzen, wird die Garantie der Gegenseitigkeit als Kern der Solidarität aufgelöst.

Im September 2015 hat die Grundwertekommission ein Papier zum Thema „Sozialdemokratische Grundwerte in der digitalen Gesellschaft“ veröffentlicht.

Darin werden zentrale Herausforderungen für den Grundwert Solidarität dargestellt. Das Papier kommt zu folgendem Schluss: „In Zeiten der Digitalisierung verändern sich die Bedingungen für ein solidarisches Miteinander in vielfacher Hinsicht. Angesichts sich parzellierender Öffentlichkeit, der Entbetrieblichung der Arbeit, der veränderten Anforderungen an den Sozialstaat und eines wirkmächtigen libertären Diskurses wird Solidarität gleichzeitig schwieriger und notwendiger.“

Die wesentlichen Ausführungen zu diesem Schluss seien hier eingefügt:

„Solidarität steht im Zeitalter sich immer mehr parzellierender Öffentlichkeit unter Druck. Soziale Netzwerke, auf einzelne Nutzer oder Teilgruppen bezogene Nachrichtenangebote und Suchmaschinen führen zu einem veränderten und oft verengten Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit. Debattenräume und Öffentlichkeiten differenzieren sich aus und werden selbstreferentieller. Solidarität ...wird so immer unwahrscheinlicher, da der Andere immer weniger ins eigene Blickfeld gerät.

Für die Arbeiterbewegung, die Solidarität auch auf betrieblicher Ebene organisiert hat, stellen sich immense Herausforderungen allein durch die Entbetrieblichung der Arbeit. Der Ort, an dem früher oft Solidarität geübt wurde, löst sich mehr und mehr auf. Neue Formen der solidarischen Organisation für die Click- und Cloud-Worker sind bisher nur unzureichend entwickelt, auch wenn die Gewerkschaften, die sich selbst gerade durchaus erfolgreich an die neuen Gegebenheiten anpassen, hier erste Antworten gefunden haben.

Auch auf Ebene der nationalen Sozialstaaten zeigen sich immense Umbrüche. Wenn US-amerikanische kulturelle Trends ein Vorbild für die Digitalisierung in Deutschland und Europa werden, so steht die institutionalisierte Solidarität der europäischen Wohlfahrtsstaaten zur Disposition. Die immer häufiger aus dem Silicon Valley zu vernehmenden Rufe nach einem libertär ausgeprägten bedingungslosen Grundeinkommen sind nicht nur dazu gedacht makroökonomischen Problemen der angebotsseitigen digitalen Revolution entgegenzuwirken – jedes Angebot braucht schließlich auch seine Nachfrage -

sondern sie basieren grundsätzlich auch auf einem libertären Verständnis gesellschaftlicher Organisation.

Wie von Nathan Schneider im Vice Magazine beschrieben, sehen beispielsweise die Finanzelite der USA, aber auch die Matadore des Silicon Valleys, keine notwendige Verbindung von Wohlfahrt und Wohlfahrtsstaat. So gehen Vorschläge zur Finanzierung des Grundeinkommens auch in die Richtung der Rückführung staatlicher Leistungen.

Diese Version eines libertär ausgelegten Grundeinkommens bedeutet im Klartext eine Entsolidarisierung und damit Individualisierung der Absicherung von Lebensrisiken. Es legt also intellektuell die Axt an die Grundlage des europäischen Sozialstaatsmodells: der kollektiven Absicherung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Wer ein Grundeinkommen bezieht, kann sich individuell gegen seine Risiken absichern – so die Argumentation.

In diesem Zusammenhang muss auch betrachtet werden, dass die bereits beschriebenen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt auch die paritätische Finanzierung der deutschen Sozialversicherungssysteme stark in Bedrängnis bringen können. Wenn die Entbetrieblichung und die Diversifizierung der Arbeitsmodelle weiter voranschreitet, muss dieses gesamte System neu gedacht und strategisch erweitert werden, damit die langfristige Finanzierung des Wohlfahrtsstaats gesichert ist und auch Freelancer und andere Beschäftigungsformen besser abgedeckt werden. Was heute noch gerne als atypische Arbeit deklariert wird, kann in Zukunft eine typische Arbeitsform werden, und der Wohlfahrtsstaat muss darauf reagieren.

Die Tatsache, dass durch diese strukturellen Probleme der Wohlfahrtsstaat unterwandert werden kann, zumal wenn alternative libertäre Modelle bereits vorliegen, zeigt wie wichtig es ist, dass die Sozialdemokratie die Idee der gesellschaftlichen Solidarität und ihre Institutionalisierung in Zeiten der Digitalisierung neu denken muss. Der technologische Wandel erfordert mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn seine Möglichkeiten breit genutzt und die Gefahren kollektiv abgesichert werden sollen. Die libertären Konzepte eines „jeder für sich selbst“ sind aber schon weit gediehen.“

12. Die Integration der Gesellschaft

Die Digitalisierung fordert also die Aufgabe jeder Gesellschaft, sich im sozialen Wandel immer erneut zu integrieren und den Zusammenhalt zu sichern, massiv heraus. Ein aktuell besonders diskutierter Unterfall dieser Integration betrifft in der Globalisierung die Integration von Migranten, insbesondere von Geflüchteten, die zum Verbleiben im Lande berechtigt sind. Hier spielt **unsere Fähigkeit zur gegenseitigen Solidarität die letztlich ausschlaggebende Rolle**. Denn Integration kann nur gelingen, wenn über ihre materiellen und kulturellen Voraussetzungen hinaus, also die faire Teilhabe aller an Arbeit, Wohnen, Bildung, medizinischer Versorgung und Sprachkenntnissen, auch elementare *soziale* Bedingungen des guten Zusammenlebens erfüllt sind. Dazu gehören eine gemeinsame öffentliche (zivile und politische) Kultur der alten und der neuen Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören auch die emotionale Identifikation der „neuen“ Bürgerinnen und Bürger mit ihrer neuen Heimat, sowie umgekehrt eine Empathie der alten für die neuen und eine gegenseitige Empathie aller Bürger und Bürgerinnen miteinander, die Solidarität fördert.

Hier spielt das Element der Gegenseitigkeit in der Solidarität eine erkennbar wichtige Rolle. Die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht von den neuen, dass die sich auf ihre neuen Lebensbedingungen und deren Kultur einlassen. Umgekehrt gilt das aber auch für die Alteingesessenen. Das Prinzip der Gegenseitigkeit verträgt sich nicht mit Forderungen nach einer einfachen Assimilation der neuen Bürgerinnen und Bürger an ihre neue Heimat. Erwartet werden muss von ihnen aber das volle Einverständnis mit der politischen und sozialen Kultur der rechtsstaatlichen Demokratie.

Die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger verstehen die Notwendigkeit solcher Gegenseitigkeit in der Solidarität oft nicht. Sie sehen sich in der Position großzügiger Gastgeber gegenüber Flüchtlingen, denen sie „eigentlich“ nichts schulden. Die Notwendigkeit von Gegenseitigkeit erschließt sich erst, wenn die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger ihren politischen Anteil an den Fluchtursachen und damit ihre eigene Verantwortung für sie, ebenso wie ihre politische Haftung für ihre Regierungen erkennen. In dieser Perspektive sind Flüchtlinge oft die Leidtragenden des politischen Verhaltens ihrer „Gast“-länder.

Allerdings verlangt erfolgreiche Integration auch, dass Verunsicherungen der alteingesessenen Bürgerschaft - etwa dadurch, dass sie den Eindruck gewinnen, ihr Staat habe die politische Kontrolle über die Aufnahme von Flüchtlingen verloren - vermieden werden. Die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger habe ein Recht zur demokratischen Mitbestimmung über die Ausgestaltung der Migrations- und Integrationspolitik. Das ist auch ein Gebot der politischen Klugheit, ohne dessen Erfüllung Integration nicht gelingen kann.

Die grundlegende Solidarität für Flüchtlinge verpflichtet deshalb nicht zu einer unterschiedslosen Aufnahme und Bleibegarantie für alle Einreisenden in der Erwartung, das Aufnahmeland werde die Bewältigung der Folgen schon irgendwie „schaffen“. Hier ist die Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migrantinnen wichtig. Offene Grenzen für alle Migrantinnen und Migranten, gar ohne Feststellung ihrer Identität, führen absehbar zu einer Abwehr der alteingesessenen Bürgerschaft. Die Aufnahme sowohl von Flüchtlingen als auch von Migrantinnen, erfordert für ihre gelingende Integration die notwendige Infrastruktur (Einwanderungsbehörden, Schulen, Wohnen, Arbeit, Sozialleistungen), damit alle rechtmäßig Schutzsuchenden verlässlich Aufnahme finden können. Ein solidarisches Handeln verlangt deshalb, um nachhaltig sein zu können, strategische Voraussicht, damit den Schutzbedürftigen jederzeit angemessen geholfen werden kann.

Das Mindestmaß an Vertrauen, Solidarität und gegenseitigem Respekt in einem kulturell zunehmend pluralistischen Land, das für eine gelingende Integration notwendig ist, entsteht selten von allein. Es muss auch politisch und durch Initiativen der Bürgerinnen und Bürger gefördert werden. **Integration ist in Zukunft immer mehr auf gegenseitige Öffnung und – über persönliche Erfahrungen hinaus – auf Einsicht in soziale, kulturelle und psychologische Zusammenhänge angewiesen.**

Wie die Erfahrung und die Forschung zeigen, kann selbst bei günstigen Bedingungen in den materiellen Kernbereichen soziale und kulturelle Fremdheit fortbestehen, wachsen oder im Falle von Enttäuschung neu hervortreten. Das gilt vor allem dann, wenn Migrantinnen und Migranten, aber auch Einheimische in Quartieren und Lebenswelten mit Menschen vergleichbarer Herkunft und

Gewohnheiten „unter sich“ bleiben. Das erschwert auch bei guten Sprachkenntnissen und dauerhafter Erwerbsbeschäftigung das gegenseitige Verständnis bei neuen sozialen und kulturellen Anforderungen.

Das Gelingen des „Neuen Wir“, also einer alle einschließenden Solidarität als Bürgerinnen und Bürger, hängt vom Bewusstwerden gemeinsamer Interessen und von verbindenden Erfahrungen ab. Schule und Vorschule, Ausbildung, Arbeit, Wohnen und die Medien spielen dabei bedeutende Rollen, sofern sie entsprechend organisiert und ausgestattet sind und überall Menschen mit solidarischen Einstellungen den jeweils „Neuen“ entgegenkommen.

Am wichtigsten ist die Herausbildung und weite Verbreitung einer verbindenden Alltagspraxis in gemischten Lebenswelten, bei der sich die eigenen Interessen der Einzelnen und ihre gemeinsamen Interessen zwanglos verbinden können. Dafür müssen eben die Ansätze zur Verfestigung von Parallelgesellschaften zugunsten integraler Wohnquartiere und Lebenswelten überwunden werden. Diese große Aufgabe weist über die Möglichkeiten einer neuen Stadtpolitik hinaus.

Entscheidend ist, dass in der Zivilgesellschaft ein großer Schub für das „Neue Wir“ entsteht, in Zahl und Leidenschaft vergleichbar der „Willkommenskultur“ des Jahres 2015. Das damalige Engagement muss nun in der Phase der Integration in eine Vielzahl beständiger Gemeinschaftserfahrungen zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft in der Lebenswelt verwandelt werden. Nur so kann das Notwendige möglich werden: aus vielen unterschiedlichen Menschen eine solidarisch verbundene Bürgerschaft werden zu lassen. Der Schlüssel für das Gelingen von Integration und des Zusammenhalts von Gesellschaften heißt gegenseitige Solidarität.

Sie gedeiht am besten, wo Menschen sich sozial, kulturell, psychisch und materiell möglichst sicher fühlen. Solidarität und Sicherheit brauchen einander auch hier. Deshalb spielen in einer Welt der Migrationen und der Herausforderungen, für die immer erneut erforderliche gesellschaftliche Integration die Institutionen der sozialen Sicherheit der Solidargemeinschaft eine entscheidende Rolle. Sie sind in vielen Ländern in der Zeit des Neoliberalismus erheblich beschädigt worden, was Fremdenfeindlichkeit und Ressentiments gefördert hat. Hier ist eine politische Wende erforderlich.

IV. DAS SOLIDARISCHE LEBEN – EINE SCHLUSSBEMERKUNG

Solidarität ist viel mehr als ein frommer Wunsch, der nur durch Ermahnungen beflügelt werden kann. Ihre Ermöglichung und Stärkung ist vielmehr ein politisches Projekt, das durch die dauerhafte Förderung und Pflege der gesellschaftlichen Felder, in denen sie praktisch wird, verwirklicht werden kann. **Das ist der politische Kernpunkt im Programm der Sozialen Demokratie und ihrer Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Die politischen Parteien, der demokratische Staat und die transnationalen politischen Institutionen können viel dazu beitragen, dass Solidarität wächst. Dass eine Gesellschaft offen ist, reicht für die Entstehung von Solidarität nicht, sie muss vor allem politisch gerecht und partizipativ gestaltet sein. Das erlaubt einer aktiven Zivilgesellschaft, politische Verantwortung zu übernehmen. Und das fordert von Unternehmen, ebenfalls Verantwortung für den Zusammenhalt der Gesellschaften zu übernehmen, in denen sie nachhaltig investieren wollen.

Solidarität, die über staatlich gestaltete Gerechtigkeit und die institutionalisierten sozialen Sicherungssysteme hinauswirkt, macht Gesellschaften menschlich und freundlich, nimmt ihnen die Kälte und vermittelt Sicherheit und Orientierung. Sie begünstigt, dass wir mit Empathie für andere leben und Mitmenschlichkeit wieder zu einer Alltagserfahrung wird. Unser Gemeinschaftserleben kann und muss wieder lebendiger werden.

Ein solidarisches Leben, wie es jeder einzelne Mensch führen kann, begreift sich in der Mitverantwortung für die Mitmenschen, für zukünftige Generationen und die Schöpfung. Globales Denken schließt konkretes lokales Handeln mit ein. Ein solidarisches persönliches Leben verwirklichen alle Bürgerinnen und Bürger, die am Gemeinwohl und dem Bemühen um dessen Festigung für möglichst viele Menschen orientiert sind. Diese Gemeinwohlorientierung in Haltung und nach außen gerichteter Handlung bereichern die Menschen zugleich in ihrem Inneren und schaffen Sinn und Zufriedenheit. Auch dadurch beweist sich Solidarität als Lebensnotwendigkeit wie Lebensqualität auf Gegenseitigkeit, wo immer dies möglich ist.

Für Sozialdemokraten, die Freundinnen und die Unterstützer der sozialdemokratischen Idee gehört Solidarität heute erneut in den Mittelpunkt des politischen und persönlichen Engagements in unserem demokratischen Gemeinwesen, in unserem unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld und in der uns mit anvertrauten EINEN Welt. Und wie in unserem Eintreten für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie wissen wir auch hier: Der Weg ist das Ziel.

GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM SPD-PARTEIVORSTAND

Vorsitzende

Prof. Dr. Gesine Schwan, Berlin

Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn (stellv.)

Mitglieder

Dr. Thymian Bussemer, Berlin

Prof. Dr. Frank Decker, Bonn

Dr. Dierk Hirschel, Berlin

Prof. Dr. Hans Joas, Berlin

Cansel Kiziltepe, MdB, Berlin

Annika Klose, Berlin

Dr. Matthias Kollatz, Berlin

Dr. Christian Krell, Oslo

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Berlin

Dr. Henning Meyer, Berlin

Michael Müller, Düsseldorf

Dr. Kerstin Rothe, Berlin

Dr. Nina Scheer, MdB, Geesthacht

Christina Schildmann, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder,
Frankfurt a. M.

Dr. Aleksandra Sowa, Bonn.

Prof. Dr. Johano Strasser, Berg bei
Starnberg

Ehrenmitglieder

Dr. Erhard Eppler, Schwäbisch-Hall

Dr. Hans-Jochen Vogel, München

Beratende Mitglieder

Dr. Hans-Peter Bartels, Kiel

Gernot Erler, Freiburg

Prof. Dr. Volker Gerhardt, Hamburg

Hubertus Heil, MdB, Peine

Prof. Dr. Gustav Horn, Düsseldorf

Dr. Hans Misselwitz, Berlin

Dr. Almut Möller, Berlin

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB,
Pinneberg

Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Berlin

Wolfgang Tiefensee, Erfurt

Prof. Dr. Rosemarie Will, Berlin

Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Wiesbaden

Prof. Dr. Susan Neiman, Potsdam

Sekretär

Mirko Schadewald

IMPRESSUM

Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Vorsitzende: Prof. Dr. Gesine Schwan

Sekretär: Mirko Schadewald

Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

Stand: Berlin, 4. Februar 2019



GRUNDWERTEKOMMISSION.SPD.DE